

Inhalt

Kirchner als Kandidat	
Meinung	3
Fremd in Buenos Aires	
Ausflüge & Reisen	6
Die unverstandenen Privatisierungen	
Wirtschaftsübersicht....	11
Der gefälschte offizielle Preisindex	
Ausflüge & Reisen	10
Rubriken	
Argentinien	1-3
Personalnachrichten	7
Wirtschaft	7-11

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 16. Mai 2009

120. Jahrgang Nr. 31.719

Néstor Kirchner kandidiert

Wahllisten geschlossen / Werden die Wahlen zum Wendepunkt?

Buenos Aires (AT/mc) – Néstor Kirchner hatte es bis zuletzt spannend gemacht, ob er in der Provinz Buenos Aires ins Rennen geht. Doch seit vergangendem Sonnabend, dem Tag der Schließung der Wahllisten, steht fest: „Der Pinguin“, wie Kirchner aufgrund seiner südpatagonischen Herkunft genannt wird, tritt als Listenerster der Justizialistischen Front für den Sieg an.

Anderthalb Jahre sind vergangen, seit er sein Präsidentenamt an seine Frau übertrug und sich größter Beliebtheit im Volk (75 Prozent Zustimmung) erfreute. Nun sieht sich Kirchner gezwungen, in eine offene Auseinandersetzung zu gehen, um das Überleben seines politischen Projektes zu sichern. Es gehe um „Alles oder Nichts“, wie er selbst sagt. 18 Monate, nachdem Cristina die Macht übernahm, kommt somit der Beweis, dass ihr Gatte ihr eigentlich nie wirklich das Feld als politische Hauptdarstellerin überlassen wollte. In den aktuellen Wahlkampf zieht er mit dramatischer Rhetorik: Es gehe um nichts weniger als darum, die Regierbarkeit des Landes zu sichern.

Die Opposition unterstellte ihm zuletzt, nur zum Schein zu kandidieren und den Sitz im Parlament nicht wahrnehmen zu wollen. Doch demonstrativ betonte Kirchner zuletzt auf öffentlichen Kundgebungen, dass er große Lust habe, ins Abgeordnetenhaus einzuziehen.

Die Parlamentswahlen in der Mitte der Präsidentschaft können durchaus einen Wendepunkt darstellen. Das haben Raúl Alfonsín (1987) und zehn Jahre später Carlos Menem erfahren müssen. Aber bislang hat noch kein Regierungslager sein Spitzenpersonal ins Feld geführt mit dem Ziel, aus den Wahlen eine Art Volksabstimmung über die Führung im Land zu machen – und die Opposition, nimmt die Herausforderung



Néstor Kirchner bei einer Wahlveranstaltung.

mit den gleichen Waffen an.

Die Wahlen werden Klarheit darüber bringen, wie es mit dem Justizialismus – und mit seinen Dissidenten – weitergeht. In der für die Wahl immens wichtigen Provinz Buenos Aires geht Francisco de Narváez für die Dissidenten an den Start und will seinen Kampf gegen die Regierung führen. Sein Parteigänger Felipe Solá will sich nicht zuletzt mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2011 empfehlen.

Auch über das weitere politische Schicksal von Mauricio Macri, dem Bürgermeister von Buenos Aires, dürften die Wahlen Aufschluss geben. Ihm fehlen eigene politische Strukturen in weiten Teilen des

Landes. Für den Urnengang bietet er nun Gabriela Michetti in der Stadt auf. In der Provinz hat er das Bündnis mit den PJ-Dissidenten gesucht.

Eine andere Tendenz, die sich für diese Wahl abzeichnet, ist das Wiedererstarken der Radikalen Bürgerunion (UCR), die mit Julio Cobos und Elisa Carrió zwei einflussreiche Partner in ihrem Lager zurückgewonnen hat, die beide auch eigene Präsidentschaftsambitionen haben.

Listen in der Provinz Buenos Aires

Justizialistische Front für den Sieg (Frente Justicialista para la Victoria): 1. Néstor Kirchner; 2. Daniel Scioli; 3. Nacha Guevara; 4. Sergio Massa; 5. Héctor Recalde.

Unión-Pro: 1. Francisco de Narváez; 2. Felipe Solá; 3. Gladys González; 4. Claudio Rucci; 5. Gustavo Ferrari.

Bürgerlich-soziales Bündnis (Acuerdo Cívico y Social): 1. Margarita Stolbizer; 2. Ricardo Alfonsín; 3. Mario Barbieri; 4. Marcela Rodríguez; 5. Horacio Piemonte.

Listen in der Stadt Buenos Aires

Pro: 1. Gabriela Michetti; 2. Esteban Bullrich; 3. Paula Bertol; 4. Jorge Triaca; 5. Laura Alonso.

Bürgerlich-soziales Bündnis: 1. Alfonso Prat Gay; 2. Ricardo Gil Lavedra; 3. Elisa Carrió; 4. Enrique Olivera; 5. Marta Velarde.

Volksbündnis für den Sieg (Encuentro Popular para la Victoria): 1. Carlos Heller; 2. Noemí Rial; 3. Julio Piumatto.

Süd-Projekt (Proyecto Sur): 1. Pino Solanas; 2. Alcira Argumedo; 3. Jorge Cardeli.

Dialog für die Stadt (Dialogo por la Ciudad): 1. Anibal Ibarra; 2. Laura Moresi; 3. Raúl Puy.

Sozialistische Partei: 1. Héctor Polino; 2. Nancy Bazán; 3. Leonardo Feiguin.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

Listen in der Provinz Santa Fe:**Föderative Front Santa Fe (Frente Santa Fe Federal):** 1. Daniel Germano; 2. Celia Arenas; 3. Juan Carlos Forconi.**Sozialistische Partei:** 1. Jorge Alvarez; 2. Alicia Ciciliani; 3. Carlos Comi.**Front für den Sieg (Frente para la Victoria):** 1. Agustin Rossi; 2. Juan Carlos Bettanin; 3. Ana Maria Berraute.**Listen für Córdoba:****Union für Córdoba:** 1. Francisco Fortuna; 2. Estela Garneró.**Bürgerliche Front (Frente Cívico):** 1. Gumersindo Alonso; 2. Susana Mazzarella.**Front für den Sieg:** 1. Carmen Nebreda; 2. Horacio Viqueira.**Radikale Bürgerunion (Unión Cívica Radical):** 1. Oscar Aguad; 2. Hipólito Faustini.

Von Scheinkandidaten bis Nomaden

Mit welchen Tricks und Strategien die Wahllisten erstellt werden

Buenos Aires (AT/dk/mc) - Bis zuletzt herrschte große Spannung in der Frage, wie sich die Wahllisten der Allianzen für den Urnengang am 28. Juni zusammensetzen. Es gab dabei verschiedene Strategien, derer sich die Parteien und Bündnisse bedienten – zum Teil umstrittene.

Eine davon ist das Aufstellen von "Scheinkandidaten", also von Politikern, von denen man annimmt, dass sie das Amt, für das sie kandidieren, nicht antreten würden. Néstor Kirchner wurde dies unterstellt (siehe Artikel oben). Gleiches gilt für weitere Spitzenkandidaten der "Justizialistischen Front" wie Provinzgouverneur Daniel Scioli, Kabinettschef Sergio Massa und Vize-Gouverneur Alberto Balestrini. Und dies ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Radikale Bürgerunion hat bereits juristisch Beschwerde gegen diese Praxis eingelegt. Wie die Wahlbehörde von La Plata mitteilte, soll darüber nun der Oberste Gerichtshof befinden.

Ebenfalls zu beobachten ist der Rücktritt von bisherigen Ämtern, um sich zur Wahl aufstellen zu lassen. Der umstrittenste Fall dieser Art war sicherlich der von Gabriela Michetti, die deswegen ihren Posten als Vize-Chefin der Stadtverwaltung von Buenos Aires aufgab. Dabei hatte sie vorher mehrfach betont, nicht



Gabriela Michetti legte ihr Amt als Vize-präsidentin der Stadt nieder, um für das nationale Parlament zu kandidieren.

kandidieren zu wollen, um dann doch die PRO Liste in der Stadt anzuführen. Ein anderes Beispiel: Martín Sabbatella legte seinen Posten als Bürgermeister von Morón zugunsten einer Kandidatur nieder. Dies ließ Stimmen laut werden, die fordern, dass so etwas in Zukunft erst möglich sein soll, wenn der Amtsinhaber mindestens die Hälfte seiner Amtszeit abgeleistet hat.

Keine neue Erscheinung, aber im aktuellen Wahlkampf gehäuft, tritt die Nominierung

von Verwandten bereits regierender Politiker auf, und sorgt für Kritik. Néstor Kirchner, als Ehemann der Präsidentin und Kopf der Liste des Regierungslagers in der Provinz Buenos Aires ist nur das prominenteste Beispiel. Weitere Fälle sind: Malena Galmarini (PJ), die Frau von Sergio Massa; Sandra Mendoza (PJ), die Frau des Chaco-Gouverneurs Luis D'Elía oder Blanca Blanco (PJ), die Gattin von Santa Cruz-Gouverneur Daniel Peralta – um auch hier nur einige zu nennen.

Und dann gibt es als viertes Phänomen in diesem Wahlkampf noch die sogenannten "Nomaden": Kandidaten, die den offiziellen Wohnort wechselten, um in bestimmten Provinzen antreten zu können. Auch hierfür ist Néstor Kirchner ein Beispiel. Er war noch in Río Gallegos

in der Provinz Santa Cruz gemeldet, als seine Kandidatur in der Provinz Buenos Aires bereits als ausgemachte Sache galt. Es gibt nicht wenige Politiker, die Ämter oder Kandidaturen in mehreren Wahlbezirken aufweisen: Daniel Scioli (PJ) beispielsweise war Abgeordneter für die Stadt und ist nun Kandidat in der Provinz Buenos Aires, oder Elisa Carrió, die in den 90er-Jahren als Chaco-Abgeordnete wirkte und nun als Kandidatin in der Stadt antritt.

WOCHENÜBERSICHT

Kirchner zu TV-Duell?

Zu einem Fernsehduell will die Opposition Néstor Kirchner herausfordern. Nur wenige Stunden nachdem der PJ-Chef bekannt gegeben hatte, als Listenerster in der Provinz Buenos Aires ins Rennen zu gehen, äußerten die Spitzenkandidaten von Union-Pro und Bürger-Bündnis (Acuerdo Cívico y Social) Francisco de Narváez und Margarita Stolbizer einen entsprechenden Wunsch. Doch der Ex-Präsident scheint nicht geneigt, der Aufforderung nachzukommen. Von ihm, der in seiner langen Politikkarriere noch kein TV-Duell bestritten hat, kamen bislang in keiner Weise positive Rückmeldungen. De Narváez glaubt selbst nicht, dass Kirchner teilnimmt: „Er würde seine Unfähigkeit offenbaren, an einer demokratischen Regierung mitzuwirken“, giftete der Oppositionspolitiker. Aber Stolbizer sagte: „Wir werden nicht mit Scheinkandidaten diskutieren, die auf der Liste nach Kirchner kommen.“

Juristische Feinheiten

Derweil ging die juristische Diskussion um die Kandidatur Kirchners in der Provinz Buenos Aires weiter. Die Radikalen (UCR) hatten beanstandet, dass Kirchner in seiner Zeit als Präsident (2003 bis 07) zwar in Olivos (Provinz Buenos Aires) dort residiert habe, dies aber nicht gleichbedeutend mit einem Wohnsitz im Sinne des Wahlgesetzes sei. Dieses schreibt vor, dass jemand mindestens zwei Jahre in einer

Provinz gelebt haben muss, um sich dort wählen lassen zu können. Doch von Justizminister Aníbal Fernández kam nun Rückendeckung für Kirchner: Er verwies darauf, dass Kirchner seit dem 10. Dezember 2007 nicht mehr als Präsident, sondern nur noch als Präsidentengatte in Olivos gewohnt habe. Und wenn er nun sein Abgeordnetenamt am 10. Dezember dieses Jahres antritt, sei die erforderliche Frist erfüllt.

Brutaler Raubüberfall

Brutales Verbrechen in Palermo: Am hellichten Tag schossen drei Gangster am Montag in dem Stadtteil von Buenos Aires zwei Wachleute nieder, die die Kassenbestände der Eisdielen-Kette „Pérsicco“ bei sich führten. Insgesamt erbeuteten die Räuber dabei 20.000 Pesos. Sie gingen dabei mit großer Brutalität vor und töteten ihre Opfer mit jeweils sechs bis acht Schüssen. Diese starben noch am Tatort. Ein Gangster benutzte ein Maschinengewehr. Bei den Wachleuten handelte es sich um zwei ehemalige Unteroffiziere der Bundespolizei, Juan Carlos Rojo (56) und Omar Navarrete (58). Sie machten eine Pause in einem Cafe gegenüber dem Japanischen Garten, als das Verbrechen geschah. Die Gangster entkamen mit einem Volkswagen Bora, den sie nicht weit vom Tatort nahe dem argentinischen Automobil-Club zurückließen, um in einem anderen Wagen die Flucht fortzusetzen. In dem Bora fand die Polizei Blutspuren – vielleicht Folgen eines Schusses, den Navarrete

vor seinem Tod noch abgeben konnte. „Es handelt sich nicht um eine spontane Tat, sondern um ein gut vorbereitetes Verbrechen“, hieß es seitens der Polizei, die vermutet, dass ein Insider die Banditen mit Infos versorgt haben müsse.

Briten wollen mehr

Großbritannien will sein Hoheitsgebiet im Südatlantik von 200 auf 350 Seemeilen ausdehnen. Die Forderung, die die britische Regierung am Montag bei der UNO einreichte, bezieht sich auf Seegebiete bei den Malvinen-Inseln, die südgeorgischen Inseln und die südliche Sandwich-Insel. Die argentinische Regierung sprach sich in deutlicher Form gegen das Ansinnen der Briten aus. Dieses sei „inakzeptabel und unzumutbar“, meinte Außenminister Jorge Taiana. Das Ausüben dieser Kompetenzen käme ausschließlich Argentinien zu. In der Praxis bedeutet die britische Forderung, dass die Ansprüche, die beide Länder auf Inseln und Seezone erheben, auf Eis gelegt werden. So sieht es die Konvention der UNO in Seerechtsfragen vor, wenn es zwischen Ländern Streitigkeiten in Sachen Souveränität gibt.

Optimismus

„Wir werden 35 Prozent in der Provinz Buenos Aires gewinnen.“ Elisa Carrió, Protagonistin des bürgerlich-sozialen Bündnisses (Acuer-

do Cívico y Social), gab sich bei der offiziellen Kandidaten-Vorstellung ihrer Wahlallianz im Theater Gran Rex (Buenos Aires) ausgesprochen zuversichtlich, bei den Parlamentswahlen am 28. Juni gut abzuschneiden. „Lilita“ empfahl das bürgerlich-soziale Bündnis als „einzige landesweite Alternative“ zu den Listen der Justizialistischen Partei. Das Bündnis warb damit, eine Wahlkampagne im ganzen Land machen zu wollen. Programmatisch kündigte Alfonso Prat Gay, der Listenerte in der Stadt Buenos Aires, an, ein Gesetz zur Besteuerung von Kapitalrenditen auf den Weg bringen zu wollen. Und Ricardo Gil Lavedra, der Listenzweite in der Stadt, beteuerte, dass es sich bei den Kandidaten des Bürgerbündnisses nicht um „Scheinkandidaten“ handle – eine Spitze gegen das Kirchner-Lager.

Alte Gehweg-Rampen

Die Stadt Buenos Aires muss Schmerzensgeld zahlen an eine Frau, die auf einer veralteten Gehweg-Rampe ausrutschte und sich dabei verletzte. Ein entsprechendes Urteil fällte nun die städtische Justiz. Zur Begründung verwies das Gericht darauf, dass die alten Rampen mit Glasfaserschicht den Sicherheitsnormen nicht mehr gerecht würden. Stattdessen sei der Bau von Rampen aus Beton vorgeschrieben. Die Stadtverwaltung arbeitet bereits an einer Erneuerung. Alleine im vergangenen Jahr wurde 9000 neue Rampen gebaut.

Kirchner als Kandidat

Buchstäblich bis zur letzten Minute hat Expräsident Néstor Kirchner mit der formellen Einschreibung als Listenerte für die Deputiertenwahl in der bevölkerungsstärksten Provinz Buenos Aires gewartet, deren Meldefrist am vergangenen Samstag um Mitternacht zum Sonntag ablief. Dann war Schluss mit dem monatelangen Gerangel über die Kandidaten seiner Justizialistischen Partei, deren Vorstandsvorsitz er innehat, für Abgeordnete der nationalen Deputiertenkammer in allen Gliedstaaten sowie für Senatoren in acht Provinzen und für zahllose Gemeinderäte in über 2000 Gemeinden. Kirchner selber führte die Verhandlungen, die freilich dezentralisiert durch seine Vertrauensleute geleitet wurden.

Viele Bewerber für die Kandidaturen kamen zum Zuge, andere mussten sich mit Listenplätzen begnügen, die möglicherweise im Proporz nicht gewählt werden, oder sie hatten das Nachsehen, weil alle Posten besetzt waren. Wie stets bei Wahlen melden sich mehr Bewerber, als Wahlämter zur Verfügung stehen. Ausgeschrieben sind die Hälfte der Deputiertenkammer, der Provinzlegislativen und der Gemeinderäte sowie ein Drittel der Senatoren, jeweils zwei für die Mehrheit und einer für die erste Minderheit. Kein einziges Exekutivamt steht zur Wahl aus. Diese Wahlämter werden im Oktober 2011 ausgeschrieben, sofern das Wahldatum nicht wie dieses Jahr vorverlegt wird.

Mit seiner Wahltaktik, seine Kandidatur formell kurz vor Terminschluss anzumelden, verhinderte Kirchner die Fortsetzung des Gerangels um die zahllosen anderen Kandidaturen. Kirchner selber dürfte zu den zahlreichen Bekennerkandidaten, auf Spanisch genannt „testimoniales“ gehören, die sich für das Wahlamt melden, aber nach der Wahl demissionieren, weil sie ihr jetziges Mandat als Gouverneur wie Daniel Scioli in der Provinz Buenos Aires, Minister wie Kabinettschef Sergio Massa, Bürgermeister oder Parlamentarier weiter ausüben werden. Zwei Ämter gleichzeitig dürfen nicht besetzt werden. Etwa fünfzig Bürgermeister, allesamt Kirchner-hörig für Zuschüsse der nationalen Staatskasse, haben sich dieser wahlpolitischen Heuchelei verschrieben und ebenfalls Bekennerkandidaturen angenommen. Nach den Wahlen werden sie auf ihr Wahlamt verzichten. In der Folge rücken andere Kandidaten nach, die im Proporz nicht gewählt worden waren.

Die Heuchelei, genannt Bekennerkandidaten, soll nur dazu dienen, dass die Wähler sich für ihnen bekannte Namen entscheiden. Die meisten Namen auf den Wählerlisten, auf Spanisch genannt „listas sábana“, sind den Bürgern und Bürgerinnen kaum bekannt, wohl aber die Namen von Bürgermeistern in ihren Gemeinden und Politikern in Staatsämtern der Nation oder in ihren Provinzen. So wird in Argentinien neuerdings mit diesem Trick Wahlpolitik betrieben. Ob die Bekennerkandidaten die gesetzlichen Vorschriften für ihre Wahl erfüllen, wird sich sicherlich vor Gericht entscheiden. Das gilt auch für den Wechsel des Wohnsitzes von Néstor Kirchner von Río Gallegos in seiner Heimatprovinz Santa Cruz nach Olivos, wo er in der Präsidentschaftsresidenz

mit seiner Gattin Cristina wohnt. Diese Residenz ist freilich formell kein Provinzgebiet, sondern gehört der Nationalregierung als Bundesgebiet.

Abgesehen von Bekennerkandidaten gibt es landesweit auch zahlreiche andere Kandidaten, die nur deshalb aufgestellt wurden, weil sie mit den jeweils Regierenden verwandt sind, teilweise auch, weil sie als Gattinnen, Geschwister oder Vettern die gleichen Nachnamen der jeweils führenden Politiker tragen, deren Namen den Wählern etwas sagen. Auch mit dieser Heuchelei wird Wahlpolitik in Argentinien betrieben, keinesfalls beschränkt auf die Justizialistische Partei.

Abertausende von Kandidaten sind jetzt landesweit eingeschrieben und zugelassen, sofern sie nicht vor den Wahlgerichten beanstandet werden. Damit sie den Wählern auch bekannt gemacht werden, müssen jetzt bis kurz vor dem Wahltermin am 28. Juni konkrete Wahlfeldzüge organisiert werden. Kandidat Kirchner hat diese Übung längst begonnen, indem er Kampfreden auf Versammlungen, meist in den umkämpften Gemeinden im Halbkreis um die Bundeshauptstadt hält, im Fernsehen mit Journalisten spricht oder wie neuerdings direkten Kontakt mit dem Volk auf den Straßen aufnimmt. Letzteres ist sicherlich riskant, auch wenn er von Bodyguards persönlich geschützt wird. Im Fernsehen und Rundfunk sowie in der Printmedien werden aufwendige Mitteilungen der Kandidaten erscheinen, die sich dadurch bekannt machen, sofern sie nicht bisherige Wahlämter erneuern wollen. Die meisten Parlamentarier im Land sind trotz gewonnener Wahlen kaum bekannt, allerhöchstens in ihren Wahlbezirken, sofern sie sich darum bemüht haben. Doch die meisten Parlamentarier sind weitgehend passiv und treten nur selten an die Öffentlichkeit.

Menem plant Comeback

Buenos Aires (AT/mc) - Der argentinische Ex-Präsident Carlos Saúl Menem will es nochmal wissen: Am vergangenen Wochenende kündigte er im Hotel „Sheraton“ von Cordoba an, bei den Präsidentschaftswahlen in zwei Jahren kandidieren zu wollen. Er bezeichnete dies als „letzte Chance für das Land, einen seriösen Präsidenten zu bekommen“. Der 79-Jährige, der bereits von 1989 bis 1999 das höchste Staatsamt innehatte, präsentierte sich bei der Pressekonferenz vor einem Plakat der bislang unbekanntesten Partei der föderalen Einberufung (Partido Convocatoria Federal), das einen riesigen Adler und den Slogan „Der letzte heilige Aufruf“ zeigte. Menem glorifizierte seine „exzellente Regierung“ und kritisierte die gegenwärtige Staatschefin. Präsidentin Cristina Kirchner gefährde den sozialen Frieden im Lande, weil sie keine Ahnung vom Regieren habe und nicht wisse, was sie sage. Die jüngsten Verstaatlichungen bezeichnete er als Dummheiten. Angesprochen auf die während seiner Präsidentschaft aufgekommenen Beschuldigungen in Zusammenhang mit Waffenverkäufen und der Explosion einer Fabrik in Rio Tercero sagte Menem, dies seien „Erfindungen der Richter“ gewesen.

Westerwelle oder Steinmeier

Von Stefan Kuhn

Gut vier Monate fehlen noch bis zu den Bundestagswahlen, die Umfragen pendeln wie das Barometer, und die Parteien positionieren sich. Sie scheinen diesmal, zumindest teilweise, die Fehler von 2005 vermeiden zu wollen. Es gibt keinen Lagerwahlkampf, sondern lediglich Präferenzen, Wunschkoalitionen. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die natürlich mit der FDP liebäugelt, hält sich andere Optionen offen. Gezwungenermaßen, denn je nach Meinungsforschungsinstitut liegt derzeit mal Schwarz-Gelb vorn, oder es kommt wie vor vier Jahren zu einer Mehrheit von SPD, Linkspartei und Grünen. Die ist allerdings auch heute noch keine realistische Regierungsoption, denn weder SPD noch Grüne wollen auf Bundesebene mit der Linken koalieren. Eine rot-grüne Minderheitsregierung, die von der Linkspartei toleriert wird, ist schon gar nicht denkbar. Diese würde dem deutschen Denkschema von politischer Stabilität widersprechen.

Minderheitsregierungen sind in Deutschland im Gegensatz zu Skandinavien noch lange nicht praktikabel. Das liegt am Machtstreben der Parteien, am Fraktionszwang und mangelnder Flexibilität deutscher Parlamentarier. Man kann sich schlicht nicht vorstellen, dass eine Regierung mit wechselnden Mehrheiten regiert, dass man in Sachfragen mit unterschiedlichen Oppositionsfraktionen zusammenarbeiten kann.

Die Lage ist verfahren. Bei Union und FDP fürchtet man bereits, dass sich das Blatt wie vor vier Jahren wieder wendet. Damals deutete sich eine noch komfortablere Mehrheit für eine Mitte-Rechts-Regierung an als heute. Nach der Wahl reichte es für Merkel und Guido Westerwelle nicht. Weil der FDP-Chef eine Ampel-Koalition mit SPD und Grünen ausgeschlossen hatte und die Grünen nicht das ökologische Feigenblatt in einer bürgerlich-liberalen Koalition sein wollten, blieb nur noch die große Koalition aus CDU/CSU und der SPD.

Westerwelle hat ein ernsthaftes Problem. Seine Partei hat in der Opposition zwar zugelegt, doch das hat weniger mit guter Oppositionsarbeit zu tun als mit natürlichen Abnützungerscheinungen der großen Koalition. Je sozialdemokratischer die CDU regiert, desto mehr Wähler der bürgerlichen Rechten wechseln zur FDP. Aber noch einmal vier Jahre Opposition, ohne echte Gestaltungsmöglichkeiten, wären für die Liberalen zu hart und für Westerwelle womöglich das politische Ende. Mit 42 von 60 Jahren war in der Bundesrepublik keine Partei länger an der Regierungsmacht beteiligt als die FDP.

Deren Chef äußert sich deshalb bereits vorsichtiger. Er hält eine Ampel „im Augenblick“ für nicht möglich. Eine deutliche Absage hört sich anders an. Aber Westerwelle hat durchaus Recht, denn was Kompatibilität angeht, passt die FDP derzeit lediglich zu den Unionsparteien. Die Grünen haben mehr Berührungspunkte mit der Union als mit der FDP, die nur noch wenig mit der sozialliberalen Partei der 70er-Jahre gemein hat. Diese Position haben inzwischen die Grünen selbst besetzt.

Westerwelle sucht sein Heil in Warnungen vor einer rot-rot-grünen Regierung. Es bleibt ihm auch wenig übrig, denn Stimmen kann er nur zu Lasten der Unionsparteien gewinnen, und das bringt keine bürgerliche Mehrheit. Er muss deshalb ängstliche SPD-Wähler zur Union treiben. Doch hat dies bisher wenig gefruchtet. Es gibt wohl wenige Wähler, die diese Option wirklich ernst nehmen. Die Kampagne ist auch gefährlich, schon die Union ist mit einem „Rote-Socken“-Wahlkampf mehrmals aufgelaufen. Gewonnen hat sie nur bei den Landtagswahlen in Hessen, weil sie die SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti zu einer Absage an die Linke gezwungen hat, die diese dann brach. Doch Hessen ist kein Modell für Deutschland.

Sicher ist, dass nach den Wahlen wieder fünf Fraktionen im Bundestag sitzen werden und dass es keine rot-grüne Mehrheit gibt. Wenn SPD und Grüne die 40-Prozent-Marke überschreiten, ist das schon ein großer Erfolg für beide Parteien. Deshalb bestehen derzeit nur zwei realistische Möglichkeiten: Eine Mehrheit von CDU/CSU und FDP oder eine Fortsetzung der großen Koalition. Für die Alternative „Jamaika“ (Schwarz-Gelb-Grün) gibt es wegen der Inkompatibilität der FDP wenig Chancen. Für die Ampel (Rot-Gelb-Grün) schon etwas mehr. Wenn Guido Westerwelle erst Außenminister ist, könnte ihm der „Augenblick“ von gestern reichlich egal sein.

Es gibt allerdings noch ein anderes, fast unwahrscheinliches Szenario: Kommt es wegen der Verschärfung der Wirtschaftskrise zu einer deutlichen linken Mehrheit mit einer gestärkten Linkspartei und geschwächten Sozialdemokraten, könnten sich SPD und Grüne dem „Wählerwillen“ kaum verweigern. Vor allem nicht die SPD, denn die hätte in einer großen Koalition dann eine schlechtere Position, während sie in einer Linksregierung den Kanzler stellen würde.

Derzeit deuten die Umfragen aber anderes an. Grüne und Linke dümpeln bei etwa 10 Prozent. Die FDP fällt von Spitzenwerten um die 18 Prozent auf 13 bis 14, die SPD nähert sich der 30-Prozent-Marke von unten, CDU/CSU von oben. Dies lässt darauf schließen, dass die Wähler eine Fortsetzung der großen Koalition wollen. Darin liegt auch die Chance der Sozialdemokraten, die Wahlen trotz all der parteiinternen Querelen unbeschadet zu überstehen: Wer Merkel und Steinmeier statt Merkel und Westerwelle will, muss SPD wählen. Doch bis zum 27. September kann noch viel geschehen.

Randglossen

Gouverneur Daniel Sciolis Bemerkung, dass **Ger** nach seiner Wahl als Bekennerkandidat für das Amt des Nationaldeputierten seiner Provinz Buenos Aires weiterhin als Gouverneur amtieren und auf das Wahlamt verzichten werde, entpuppte sich als das Argument, das Oppositionspolitiker vor dem Wahlgericht vortragen, um die Scheinkandidaturen schlechthin als illegal anzuzeigen. Deshalb wird Expräsident Kirchner unterstellt, dass er die zahlreichen Bekennerkandidaten anwies, sich jeder Stellungnahme über ihre künftige Verhaltensweise zu enthalten, damit der Opposition keine juristischen Argumente geliefert werden, über welche die Wahljustiz entscheiden muss und zwar recht bald, weil nur wenige Wochen bis zum Wahltermin fehlen. Das ist der Fluch der bösen Tat, mit Bekennerkandidaten, die nachher demissionieren, Stimmenfang zu betreiben.

Auf der Suche nach sogenannten Agrarkandidaten, die im Kongress die Sache der gebeutelten Landwirte vertreten sollen, zeigte sich die Allianz der UCR mit der Bürgerlichen Koalition und den Sozialisten offenbar am erfolgreichsten, indem sie etwa ein halbes Dutzend Kandidaten gewann, die sich in verschiedenen Agrarprovinzen als Landwirte oder deren Sprecher ausgaben. Eine Agrarpartei, wie sie die Regierung den Landwirtschaftssprechern empfahl, wird freilich nicht entstehen. Als Alternative sollen im kommenden Kongress mehr Senatoren und Deputierten für die Sache der Landwirtschaft eintreten, was mit der Überzahl rein städtischer Parlamentarier offenbar bisher nicht der Fall war. Parteipolitiker pflegen in Argentinien, dessen Wirtschaft weitgehend von der Landwirtschaft lebt, letztere nur als Quelle für maßlose Besteuerung zu betrachten, die abzuschöpfen ist, damit allerlei Pfründengelder locker gemacht werden können.

Alles Nazis, die Deutschen. Das wussten wir schon immer. Als Deutscher muss man wohl damit leben, immer noch mit diesem dunkelsten Kapitel der Geschichte konfrontiert zu werden. Ertragen muss man es nicht immer. Wenn beispielsweise ein sturzbetrunkenener ukrainischer Innenminister auf dem Frankfurter Flughafen randaliert, weil ihn ein Flugkapitän der Lufthansa nicht ins Flugzeug lässt, die Polizei ihn abführt, und er überall Nazis sieht, hat das weniger mit rechter staatlicher Willkür, sondern mit Rechtsstaatlichkeit und internationalen Flugsicherheitsregeln zu tun. Wodka und Kollektivschuld haben nur eines gemeinsam. Wodka fördert die Einbildungskraft, Kollektivschuld be ruht auf ihr.

Wen nervt das nicht. Da leiht man sich eine DVD aus, und bevor man in den Genuss des Films kommt, muss man sich erklären lassen, dass der Kauf von Raubkopien eine Straftat ist. Wenn man gute Raubkopien kauft, entfällt diese lächerliche Prozedur. Warum also leihen? Ebenso lächerlich ist ein Gesetz des französischen Parlaments. In Frankreich sollen Raubkopierer, die Musik oder Filme aus dem Internet herunterladen, mit einem einjährigen Internetverbot bestraft werden. Die Strafe trifft nur Stubenhocker. Sie müssen ihren Laptop künftig in eines der vielen WiFi-Cafes tragen oder ein Internet-Cafe aufsuchen. Politiker scheinen zu ignorieren, was die meisten Unterhaltungskonzerne längst wissen. Den Kampf gegen Raubkopierer kann man nicht gewinnen. Es ist wesentlich sinnvoller, Computer, Drucker oder Datenträger angemessen zu besteuern, vor allem aber nicht ganz so lächerlich.

Als Botschafter auf Kuba

Bernd Wulffen stellt die spanische Ausgabe seiner Erinnerungen vor
Von Marcus Christoph

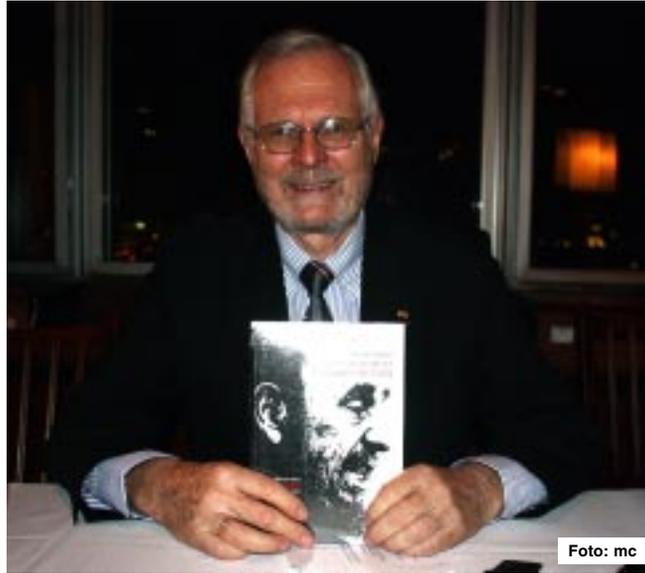
Buenos Aires (AT) - Castro, „Cocktail-Krieg“, Kampf um Menschenrechte - der diplomatische Dienst in einem Land wie Kuba bringt so manche Situationen und Herausforderungen mit sich, die lohnen, erzählt zu werden.

Bernd Wulffen, ehemaliger deutscher Botschafter auf der sozialistischen Karibikinsel, hat seine Erinnerungen an seine Amtszeit in Havanna (2001 bis 2005) in dem Buch „Eiszeit in den Tropen“ festgehalten, das nun auch unter dem Titel „Memorias de un Embajador en Cuba“ (Verlag „El Ateneo“) auf Spanisch erschienen ist. Im „Club Alemán“ von Buenos Aires stellte Wulffen sein Werk einem interessierten Publikum vor. Er nutzte dies auch als Gelegenheit, auf jüngste Entwicklungen auf Kuba einzugehen.

„Mit viel Optimismus“ sei er 2001 auf die Zuckerinsel gekommen, blickte der ehemalige Diplomat in seinem Vortrag zurück. Ein Goethe-Institut habe man dort eröffnen wollen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Kuba sollten verbessert werden. Doch stattdessen erlebte Wulffen zwei Jahre später den sogenannten „Cocktail-Krieg“, als Fidel Castro die diplomatischen Kontakte zu Vertretern der Europäischen Union einfrieren ließ. Diese hatten aus Protest gegen die Aburteilung von Dissidenten durch das Regime damit begonnen, demonstrativ Oppositionelle zu nationalen Feiertagsempfängen einzuladen. Die Diplomaten befanden sich auf Kuba von nun an in einem ständigen Klima der Ungewissheit, beschreibt Wulffen: „Man konnte nie wissen, wer von uns vielleicht am nächsten Tag gehen muss.“ Den von der Bundesregierung angeordneten Boykott der Buchmesse in Havanna, zu der Deutschland seinerzeit als Ehrengastland geladen war, bezeichnete Wulffen als Fehler angesichts der vielen jungen Kubaner, die sich für Länder wie Deutschland interessieren.

Auch Argentinien hatte seine diplomatischen Schwierigkeiten mit dem Castro-Regime, erinnert Wulffen an den Fall der kubanischen Ärztin Dr. Hilda Molina, die politisch in ihrer Heimat aneckte und ihren Sohn in Argentinien nicht besuchen durfte. Schließlich forderte sie Asyl in der argentinischen Botschaft. Sogar Argentinien's damaliger Präsident Néstor Kirchner schaltete sich ein. Aber es half nichts. Fidel blieb stur, und Argentinien zog seinen Botschafter aus Havanna ab.

Kein einfacher Job also, den Wulffen und seine Kollegen dort zu verrichten hatten. Dabei waren die ersten zwei Jahre seines Dienstes in Kuba noch durchaus gut verlaufen. Es gab sogar einen Überraschungsbesuch von Fidel in der deutschen Botschaft. Anlässlich des Besuches einer hessischen Delegation in der deutschen Vertretung hatte die kubanische Regierung angekündigt, einen Repräsentanten entsenden zu wollen. Doch keiner hatte da-



Bernd Wulffen bei der Buchpräsentation im Club Alemán.

mit gerechnet, dass es sich um den „Máximo Líder“ höchstselbst handeln würde, der in oliv-grüner Uniform die Szenerie betrat. Die Überraschung war allenthalben groß. Wulffen weiß von diesem Abend im Februar 2002 eine Anekdote zu berichten: Er bestellte Riesling-Wein für die Gäste. Doch die Getränke kamen und kamen nicht. Wie sich herausstellen sollte, lag dies nicht etwa an nachlässigem Botschaftspersonal, sondern an kubanischen Securitys. Alle Flaschen waren nämlich bereits geöffnet, was für Fidels Bewacher ein zu großes Risiko darstellte. Schließlich musste neuer Wein in Havanna organisiert werden.

Im Laufe des Abends wurde Fidel dann auch mit der Frage konfrontiert, warum er trotz seiner Popularität im Volk so intolerant gegenüber Andersdenkenden sei. Er reagierte gereizt und verwies auf die geographische Nähe zum „großen Feind USA“. Die kubanische Führung könne sich angesichts dieser Bedrohung keine Blöße geben und „Feinde“ im eigenen Land dulden.

Über eine andere heikle diplomatische Mission berichtet Wulffen in seinem Buch, als er Castro im Frühjahr 2003 von einem Deutschland-Besuch abbringen sollte. Dieser wollte einer Einladung zur Premiere des Films „Comandante“ in Berlin folgen. Doch der Bundesregierung passte das angesichts der damaligen Spannungen mit den USA wegen des Irak-Krieges gar nicht ins Konzept. Doch das Gespräch verlief dann unkompliziert, da Fidel schnell signalisierte, doch nicht in die Bundeshauptstadt fahren zu wollen.

Wulffen blickte in seinen Ausführungen im „Club Alemán“ auf die kubanische Geschichte zurück, um das „Phänomen Castro“ zu erklären. Die Insel gehörte zu den letzten Resten des spanischen Kolonialreichs. Und als die Iberer Ende des 19. Jahrhunderts abrückten, sicherten sich die USA die Vorherrschaft

auf der nahe gelegenen Insel. Dies änderte sich erst mit Fidel und dem Sieg seiner Revolution. „Er hat den Kubanern Würde und Selbstvertrauen gegeben“, fasst der Ex-Botschafter zusammen. Die sich verschärfenden Spannungen mit den USA trieben Kuba schließlich in die Arme der Sowjets.

Die Anfang der 60er-Jahre verhängte Wirtschaftsblockade der Amerikaner besteht noch immer. Die jüngst von US-Präsident Barack Obama angekündigten Lockerungen, dass Exil-Kubaner unbegrenzt nach Kuba reisen und Geld transferieren können, bezeichnete Wulffen lediglich „als kleine Schritte, die bereits unter Bush vorbereitet worden sind“. Zu wenig, um auf das kubanische Regime nachhaltig zu wirken. Für dieses sei die Blockade in gewisser Weise auch ein „politisches Geschenk“, mache es doch die Propaganda mit einem klaren Feindbild einfach, analysiert der Diplomat a.D.

Als Fidel im Jahr 2006 erkrankte und sein Bruder Raúl die Regierungsgeschäfte übernahm, war Wulffens Amtszeit bereits beendet. Gleichwohl hat er die Geschehnisse auf der Insel weiter im Blick behalten. Die gegenwärtig wohl am schwierigsten zu beantwortende Frage sei dabei, wer auf Kuba nun eigentlich die Macht innehat? Formal ist Raúl erster Mann im Staat. Doch Wulffen sieht ihn weiterhin im Schatten seines älteren Bruders. Dieser schaltet sich auch immer wieder durch öffentliche Meinungsäußerungen in die Politik ein. Wulffen macht durchaus Konflikte zwischen den Brüdern aus: Fidel erscheint dabei als derjenige, der die Gewährung marktwirtschaftlicher Freiheiten als Verrat an der Revolution ablehnt. Raúl sei eher pragmatisch in dieser Hinsicht.

Wulffen schätzt, dass Raúl den Einfluss des Militärs auf die Wirtschaft ausweiten will. Damit hat er schon im Tourismusbereich gute Erfahrungen gemacht. Dass mehr ökonomische Freiheiten nötig sind, ist für Wulffen unstrittig. Zwar gebe es bereits positive Beispiele der Zusammenarbeit mit westlichen Firmen. Doch seien dies „kleine Inseln in einem Meer der Armut“. Gegenwärtig gebe es immer noch zwei Blockaden, die die Insel fesseln: eine äußere und eine innere.

Wohin Kubas Weg führt, bleibt also eine spannende Frage. Wichtig sei es, guten Willen gegenüber der Insel zu zeigen. Den Menschen sind Veränderungen zu wünschen: „Die Kubaner sind ein sehr interessantes Volk, das sich nach Freiheit sehnt“, so Wulffen.

Bernd Wulffen (Jahrgang 1940) ging 2005 in den Ruhestand. Er lebt in Berlin und Tucumán. Von 1970 bis '73 war er Kulturattaché an der deutschen Botschaft in Buenos Aires.

Die Veranstaltung kam auf Anregung von Thomas Leonhardt, dem ehemaligen Vorsitzenden des Deutschen Klubs, zustande.

AUSFLÜGE UND REISEN

Fremd in Buenos Aires

Nati und Nico sind seit Jahren Fremdenführer in Buenos Aires. Sie arbeiten für die Agentur Eternautas, die über Hotels Rundgänge in der Stadt anbietet, zu Fuß oder streckenweise auch per Auto. Im Lauf der Jahre haben sie unzählige Fragen gehört und nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet - sofern es ging.

Nichts aufschlussreicher, als zu erfahren, wofür sich Ausländer am meisten interessieren.

Natürlich muss man sich in jedem Fall in den Fragesteller hineinversetzen, denn wer beispielsweise aus Japan kommt, hat eine ganz andere Vorstellung, was ihn in Argentinien erwartet als ein Europäer oder ein Nordamerikaner.

Die stellen übrigens den Großteil der geführten Besucher.

Der Eindruck und die Erfahrung von Natalia und Nicolás ist in jeder Hinsicht aufschlussreich und für unsereins auch amüsant.

Zumeist sind die Ausländer, erfahren wir, politisch diskret, obwohl sie sich für Politik durchaus interessieren. Fragen gibt es etwa zu Evita: dem berühmten Balkon (an der Casa Rosada), ihrem sehr stark besuchten Mausoleum in der Recoleta, dem Peronismus. War Perón Sozialist?

In jedem Fall ist übrigens Simón Bolívar viel mehr Menschen ein Begriff als General San Martín.

Dann charakteristische Baulichkeiten: eben das Regierungsgebäude, der Recoleta-Friedhof und das Hafenviertel La Boca, sowie in den Vororten das alte San Isidro. Auch das Tigre-Delta spricht zahlreiche Fremde an.

Die allererste Frage vieler gilt dem zartesten Rindfleisch der Welt, wobei einem sicheren ondit zufolge ausgerechnet ein Baby-Beef die größten Portionen hergeben soll.

Nach mehreren Tagen Aufenthalt in Buenos Aires, dann weitere Kommentare (was unsereins als Ortsansässige oft nicht weiter auffällt): die allgemeine Zuvorkommenheit der Einwohner, der starke europäische Einfluss sowohl bei der Bevölkerung als auch in der Stadtarchitektur, was anderswo in Lateinamerika kaum anzutreffen ist. Das überraschend üppige Grün in den Straßen, das Fehlen Schwarzer im Straßenbild, die Breite der Prachtstraßen Nueve de Julio und Avenida del Libertador, aber auch die für fremde Augen „chaotische“ Fahrweise der Porteños. Sodann die unzähligen Graffitis allüberall und - die späte Stunde des Abenmahls!

Nachdem vor allem der nordamerikanische Besuch bei der Tour auf verschiedene Aspekte der lokalen Geschichte gestoßen ist, fallen ihm erstaunliche Parallelen zu den USA auf: die riesigen Landflächen, der



Hafenviertel La Boca.

Kampf mit den Eingeborenen, die Expansion der Eisenbahnen, die auf den Export von Getreide, Fleisch und anderen Landesprodukten basierende Wirtschaft, und schließlich die Einwanderung riesiger Kontingente vor allem europäischer Immigranten.

Einige Fragen überraschen: Welche war die ursprüngliche Kolonialmacht? Wenn die italienische Einwanderung so massiv war, warum wird dann Spanisch gesprochen?

Gibt es Erdbeben, Tsunamis, Orkane u.ä.? Was bedeuten diese jalousieartigen Fensterläden, sollen sie im Falle von Tornados die Scheiben schützen? Wie folgsam und brav doch die Hunde sind, die von den Paseadores ausgeführt werden (häufiges Film- und Fotomotiv!). Und dieses Getränk, das so viele Leute durch ein Röhrchen schlürfen? (der Mate natürlich). Wie konnte man allenthalben so viel teuren Granit, Marmor und den berühmten blauen Basalt aus Conchillas (Uruguay) an den großen Gebäuden verbauen, so beispielsweise an den Patrizier-Residenzen entlang der Avenida Alvear?

Aber ebenfalls: wieso sieht man sommers fast nirgendwo ortsansässige Männer in kurzen Hosen, gar mit Sandalen, auf der Straße? Und diese vielen Kinder in weißen Kitteln (guardapolvo), als ob sie angehende Ärzte wären?

Verwirrend schließlich noch für manche Besucher die Straßenbeschilderung. Bekanntlich werden die Hinweistafeln in der Stadt von Privatfirmen gesponsort, etwa von Personal oder Claro, aber auch von Intercontinental. Für den Neuankommeling, der sich zu orientieren sucht, ist es aber unverstänglich, dass auf die Lage seines Hotels, eben das Interconti, in alle denkbaren Himmelsrichtungen verwiesen wird, nur nicht auf die Calle Moreno 809. Aber immerhin ist die Logik der Hausnummerierung, je hundert pro Häuserblock, einprägsam.

Ach ja, und auch diese Frage bei den preußisch gehorsamen Europäern: Warum haben auf den Zebrastreifen scheinbar die Autos Vorfahrt vor den Fußgängern?

Marlú



Straßenbeschilderung in Buenos Aires.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.



Flyer
Lufthansa
City Center

(Zona Norte)

Leg. 213 Res.0447

Av. Fondo de la Legua 425

(B1609JEE) San Isidro

Tel.: (54 11) 4512-8100

E-mail: info@flyer.com.ar

www.flyer-de.de

LATEINAMERIKANISCHE WIRTSCHAFT

Repsol-YPF hat bei einer Forschung auf dem Meer in Brasilien die Entdeckung eines Gasfeldes, auch mit Erdöl, bei Santos, in geringer Tiefe bekanntgegeben. Es handelt sich um die dritte Entdeckung in diesem Jahr. Repsol-YPF ist in diesem Fall mit 40% an einem Konzern beteiligt, an dem Petrobrás 35% hält, Vale do Rio Doce 12,45% und Woodside 12,5%. Die Proben haben eine tägliche Förderung von 378.600 cbm Gas und 1.570 Barrel Erdöl pro Tag ergeben.

Das venezolanische Erdölunternehmen PDVSA wird jetzt, gemäss den Bestimmungen eines jüngsten Gesetzes, 39 Unternehmen übernehmen, die als Dienstleister tätig sind. Das dürfte sich negativ auf PDVSA auswirken, da diese Unternehmen viel Technologie beitra-

gen, die jetzt zum Teil verloren geht, wobei sich die staatliche Verwaltung ohnehin in Form von Effizienzverlusten auswirken wird.

Die indische Firma GTLI, eine Tochtergesellschaft von Jindal Steel, kündigte die Entdeckung neuer Gasreserven im Osten Boliviens an. Das Unternehmen hat dabei u\$S 11 Mio. investiert, und will in 40 Tagen mit der Förderung beginnen. Bolivien muss sich anstrengen, um die Gasförderung zu erhöhen, um den Verpflichtungen mit Argentinien und Brasilien nachkommen zu können.

Die Förderungskörperschaft der Andenstaaten (CAF, Corporación Andina de Fomento), die aus den Staaten von Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Perú und Venezuela gebildet ist, hat sich bei der Wertpapierkommission der USA (SEC, Securities and Exchange Commission) eingetragen, um Wertpapiere für u\$S 1,5 Mrd. unterzubringen. Von den Mitgliedstaaten der Bank haben drei eine feindliche Haltung gegenüber der USA, versuchen dennoch, über dessen Kapitalmarkt finanziert zu werden.

Der IWF hat einen "flexiblen" Kredit von u\$S 10,5 Mrd. an Kolumbien genehmigt, der jederzeit abberufen werden kann, wenn die Wirkungen der weltweiten Krise es notwendig machen. Diese Art Kredite stehen Ländern zur Verfügung, die eine gesunde makroökonomische Wirtschaftspolitik durchgeführt haben, und starke institutionelle Strukturen aufweisen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss am Donnerstag zu \$ 3,74, um 0,27% über der Vorwoche und um 7,78% über Ende Dezember 2008. Der Rofex-Terminkurs schloss für den 30.6.09 zu \$ 3,765, zum 30.9.09 zu \$ 3,891, zum 30.12.09 zu \$ 4,010, zum 31.3.10 zu \$ 4,122 und zum 30.6.10 zu \$ 4,240. In 12 Monaten verzeichnet der Terminkurs eine Zunahme von 12,56% gegenüber dem Tageskurs.

Der Merval-Aktienindex stieg in einer Woche zum Donnerstag um 1,70% und ab Ende Dezember um 34,13%

Die Staatsbonds, die anlässlich der Umschuldung von 2005 ausgegeben wurden, wiesen allgemein eine Baisstendenz auf. Par-Bonds in Pesos stiegen in einer Woche zum Donnerstag um 0,89% und stellen die Ausnahme dar; ab Ende Dezember verzeichnen diese Bonds eine Zunahme von 18,95%. Discount-Bonds in Pesos fielen um 4,73%, und ab Ende Dezember um 10,43%. Boden 2014 nahmen um 0,79% ab, lagen jedoch 15,13% über Ende 2008, Boden 2012 fielen um 4,07%, stiegen aber im Laufe dieses Jahres um 6,88%, und Boden 2013 blieben letzte Woche unverändert, lagen jedoch um 7,53% über Ende 2008.

Die Währungsreserven der ZB lagen zum 30.4.09 bei u\$S 46,37 Mrd., um 0,31% unter dem Stand vor 30 Tagen und praktisch unverändert gegenüber Ende Dezember 2008. Die ZB gibt weder den Betrag an, der ihr von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Basel) geliehen wurde, noch den Umfang der Terminverkäufe, so dass man den Betrag der Nettoreserven nicht kennt, der jedoch auf alle Fälle viel geringer ist. Der Notenumlauf lag mit \$ 76,37 Mrd. um 2,62% über der Vorwoche und um 9,18% unter Ende 2008.

Die gesamten Pesodepositen des Bankensystems lagen zum 30.4.09 mit \$ 211,20 Mrd. um 1,48% über der Vorwoche und um 2,72% über Ende Dezember. Girodepositen nahmen im Laufe des Jahres 2009 um 4,67% und Spardepositen um 1,78% ab, während Fristdepositen um 12,54% zunahmen. Die Geldmenge, die die ZB bei ihren monetären Zielen verwendet, genannt M2, bestehend aus Bargeld plus Giro- und Spardepositen, hat somit im Laufe der ersten 4 Monate 2009 stark abgenommen, was eine kontraktive Geldpolitik zum Ausdruck bringt, obwohl die ZB-Leitung eine mässige Expansion vorgesehen hatte.

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden an der Börse von Buenos Aires letzte Woche zu 12,36% diskontiert (Vorwoche: 13%), auf 60 Tage zu 13,34% (13,79%), auf 90 Tage zu 14,54% (14,77%), auf 120 Tage zu 16,54% (19,43%), auf 180 Tage zu 18,05% (18,83%) und auf längere Fristen zu 20,91% (21,96%). Die rückläufige Tendenz der Vorwoche hat sich letzte Woche fortgesetzt.

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) letzte Woche bei 18 Karat \$ 71,98% gehandelt (Vorwoche: \$ 71,24), und bei 24 Karat zu \$ 121,80 (123,10).

Die Firma Ledesma S.A., die das grösste Zuckerunternehmen des Landes in Jujuy betreibt, auch eine der grössten Papierfabrikanten ist, und Alkohol, Obst u.a. Produkte erzeugt, hat der Börse gemeldet, dass sie 30% ihrer Fruchtzuckerfabrik Glucovil S.A., in San Luis, an die US-Firma Cargill für u\$S 36,1 Mio. verkauft hat, die zur Erweiterung der Produktionskapazität eingesetzt werden sollen.

Im 1. Quartal 2009 wurden 2.653 Landmaschinen verkauft, 61% weniger als in der gleichen Vorjahresperiode. In Werten waren es \$ 1,01 Mrd., ganze 70% unter dem Vorjahr.

Der Hüttenverband (Centro de Industriales Siderúrgicos) teilt mit, dass im April 278.900 t Rohstahl erzeugt wurden, 44,3% unter dem gleichen Vorjahresmonat, aber 7,7% über März. Die Produktion von Roheisen lag mit 221.300 t um 40,5% über März.

Der Staatsanwalt der Berufungskammer, Raul Plee, hat den Börsenmaklern empfohlen, verdächtige Weiss-waschungen dem Kontrollamt über Geldwäsche (UIF, Unidad de Información Financiera) mitzuteilen, da sie nicht durch das Gesetz über Vermögenslegalisierung gedeckt seien. Allein, was "verdächtig" ist, liegt im Ermessen des Maklers und der Bank, die die Geldüberweisung durchführt.

Der Transportsekretär Ricardo Jaime und der Geschäftsführer von Aerolíneas Argentinas, Julio Alak, haben mitgeteilt, dass das Schatzamt in vier Monaten 2009 an AA insgesamt \$ 560 Mio. überwiesen habe, was etwa \$ 4 Mio. pro Tag ausmacht. Der Betrag ist für die Deckung des Betriebsdefizites und für Investitionen bestimmt.

Die Wirtschaftsminister von Argentinien und Brasilien, Carlos Fernandez und Guido Mantega, haben am Freitag der Vorwoche das schon angekündigte Abkommen bekanntgegeben, durch das beide Länder im Notfall über u\$S 1,5 Mrd. verfügen können, die das andere Land bereitstellt. In diesem Fall würde Brasilien Argentinien stützen, um zu versuchen, das Landesrisiko zu senken, das 1.400 Punkte erreicht hat, gegen nur 300 im Fall von Brasilien. Es handelt sich um Kredite auf 3 Jahre, die jederzeit verwendet werden können, ohne an Exportgeschäfte gebunden zu sein. Es sind "sekundäre" Devisenreserven, wie beim Yuan-Kredit, den die chinesische Volksbank unlängst für umgerechnet u\$S 10 Mrd. bereitgestellt hat. Die argentinische Regierung bemüht sich, um auf diese Weise ihre Devisenposition zu stärken, um der allgemeinen Angst vor einem neuen Default und der hohen Kapitalflucht entgegen zu wirken.

Der Staatsanwalt Osvaldo Guglielmino hat entschieden, dass

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Carlos Geipel; Victor Wallmann, 83, am 13.5; Heinrich K. F. Fleischhauer, 75, am 6.5.

die Gelder, die nach Argentinien im Rahmen des Weisswaschungsgesetzes (26.476) zurück kommen, nicht von den Strafen erfasst werden, die das Strafgesetz über Devisenbewirtschaftung vorsieht. Das schliesst jedoch gemäss diesem Gutachten Gelder aus, die einen illegalen Ursprung haben. Die "schwarzen" Gelder, die aus hinterzogenen Steuern stammen, sind im Wesen auch illegal, werden jedoch durch das Sondergesetz legalisiert. Guglielmino bezieht sich hier (ohne es zu sagen) auf Gelder aus dem Rauschgifthandel, aus illegalem Waffenhandel, aus Schmiergeldern u.a., die das Gesetz über Geldwäsche umfasst. Theoretisch müsste somit derjenige, der Auslandsguthaben ins Land bringt und steuerlich weisswäscht, nachweisen, dass es sich um Gelder handelt, die aus Steuerhinterziehung stammen. In der Praxis dürfte jedoch einfach angenommen werden, dass es sich um Mittel dieser Art handelt, wobei auf alle Fälle der kriminelle Ursprung der Gelder, die nicht weissgewaschen werden dürfen, von den Behörden nachgewiesen werden muss, was nur ausnahmsweise möglich ist. Mit diesen Gutachten vom Staatswalt ist das Problem gelöst, das die Lücke im Gesetz über Vermögenslegalisierung geschaffen hatte, da der Staat voraussichtlich niemand verklagen wird, der Auslandsvermögen legalisiert.

Die Regierung hat im Kongress ein Gesetzesprojekt eingebracht, das vom Produktionsministerium entworfen wurde, durch das Computer und Notebooks mit einer internen Steuer von 10,5%, bzw. 21%, belastet werden. Der Preis der Notebooks wird daraufhin um 34% steigen, und der von PCs zwischen 12% und 15%.

Das kanadische Bergbauunternehmen Portal Ressources kündigte den Rückzug aus Argentinien an. Die Firma hatte die Studien zur Ausbeutung des Uraniumvorhabens "Sierra Pintada" in Mendoza (35 Km von San Rafael entfernt) aufgenommen, nachdem der Preis für Uranium gestiegen war und die nationale Atomenergiekommission (CNEA) die ursprünglich beabsichtigte Ausbeutung in eigener Regie aufgegeben hatte. Doch durch das Gesetz 7722 vom 22.6.07 der Provinz Mendoza wurde beim Bergbau die Verwendung von giftigen Substanzen aller Art verboten, die jedoch unerlässlich sind, und nach Verwendung nicht in Flüsse oder das Untergrundwasser abgelassen werden, sondern sorgfältig behandelt und zum Teil zurück gewonnen werden. Ausserdem bestand ein legaler Streit mit der lokalen Firma "Minera del Plata" über den Besitz der Bergbaurechte.

Seit Oktober 2008 haben 45 Bergbauunternehmen Projekte aufgegeben oder sich als Interessenten zurückgezogen. Darunter befinden sich ausser Portal Ressources die kanadische Yamana Gold, die ein Projekt von u\$ 2 Mrd. wegen der Kupferbaisse eingefroren hat. Die Ausnahme bei den Metallen und deren Erze bilden an erster Stelle Gold (wo der internationale Preis die lokalen Erzeugungskosten mehr als verdreifacht), Uran und Molibden. Abgesehen vom Preisrückgang, haben auch die Einführung von Exportzöllen, die aggressive Haltung der Umweltaktivisten und Finanzierungsschwierigkeiten (die bei Krediten für argentinische Projekte noch grösser sind, als es ohnehin schon der Fall ist) zum geringeren Interesse der Bergbauunternehmen an Argentinien beigetragen.

Die Regierung hat beschlossen, die kurzfristigen Schatzscheine, die das ANSeS gezeichnet hat, durch einen Bonds für \$ 9 Mrd. zu ersetzen, der 2016 verfällt und zu 3,45 Prozentpunkte über Badlar-Satz verzinst wird. Das bedeutet, dass das ANSeS über diese Mittel in den kommenden Jahren nicht verfügen wird, auch wenn es sie braucht, um seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber Rentnern nachzukommen, die stark zu nehmen werden.

Die Zeitung "Clarín" berichtet (10.5.09), dass die verschiedenen Finanzierungspläne für den Konsum dauerhafter Verbrauchsgüter, die auf ANSeS-Mitteln beruhen, nur zum geringsten Teil erfüllt wurden. Von 100.000 vorgesehenen Kfz wurden nur 20.000 verkauft und bisher nur 2.000 im Register eingetragen; von 200.000 Fahrrädern wurden nur 20.000 verkauft, der grösste Teil davon in Supermärkten; bei Motorrädern war der Prozentsatz etwas grösser; von 80.000 Herden wurden nur 4.000 verkauft, und auch bei Heizkörpern u.dgl. ist das Verhältnis ähnlich; von 100.000 Eisschränken sind nur 10.000 verkauft worden. Das Verfahren der Gewährung der Kredite durch die Banken (die Mittel vom ANSeS erhalten) ist kompliziert, wobei diese Garantien fordern, die viele Interessenten nicht bieten können. Die Banken sind für das Inkasso der Amortisations- und Zinsquoten verantwortlich. Die Marge, die sie bei diesen Krediten erhalten, ist gering, so dass sie nur einen entsprechend niedrigen Zahlungsausfall verkraften können.

Die Zeitung "Ambito Financiero" (11.5.09) berichtet, dass schon über

4.000 Gerichtsverfahren, die sich auf Steuervergehen oder -verbrechen beziehen und AFIP-Forderungen von etwa \$ 3 Mrd. umfassen, definitiv oder provisorisch aufgehoben wurden, weil die Angeklagten sich der Vermögenslegalisierung oder dem Moratorium anschliessen. Der Staat erhält somit Einnahmen, die Gerichte werden entlastet und die Unternehmen, die weisswaschen, haben jetzt eine Möglichkeit, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen, was bei der gegenwärtigen Rezession besonders wichtig ist.

Der Wirtschaftler und Deputierte Claudio Lozano, der auch Berater des abtrünnigen Gewerkschaftsverbandes CTA ist, hat in einer Studie ermittelt, dass sich die Zusammensetzung der 200 Unternehmen, mit dem höchsten Umsatz, zwischen 1997 und 2007 grundsätzlich verändert hat. Die Zahl der Unternehmen in ausländischem Besitz stieg von 104 auf 128, die von in Argentinien wohnhaften Personen sank von 76 auf 58, die Gemeinschaftsunternehmen zwischen lokalen und ausländischen Firmen gingen von 19 auf 7 zurück, und die Unternehmen im Staatsbesitz stiegen von einem auf 7.

Die Kammer der Exporteure hat bekanntgegeben, dass das Amt für öffentliche Einnahmen AFIP den Exporteuren \$ 2 Mrd. schuldet, sowohl wegen Rückgabe der in Exportgütern enthaltenen MwSt., wie an Rückvergütungen. Auf diese Weise werden höhere Nettoeinnahmen des Nationalstaates ausgewiesen. AFIP-Direktor R. Echegaray rechtfertigte die Hinausschiebung der Zahlungen mit dem Argument, dass es sich um Exporte an Steuerparadiese handle, die untersucht würden. Indessen besteht keine legale Grundlage für dies; die Exporte werden vom Zollamt in allen Fällen kontrolliert, um die Richtigkeit der Angaben über Art der Ware, Mengen und Preise zu bestätigen. Wohin die Exporte gehen, ist dabei gleichgültig. Gelegentlich will der Käufer über ein Steuerparadies kaufen, weil es ihm konveniert. Angeblich hat Echegaray auch Uruguay als Steuerparadies eingestuft, obwohl dieses Land Mercosur-Mitglied ist und dabei eine Vorzugsbehandlung geniessen muss.

Die Industrieproduktion lag laut Berechnung der Consulting-Firma Orlando Ferreres & Partner im April um 9,1% unter dem gleichen Vorjahresmonat, so dass die ersten vier Monate um 9% unter dem Vorjahr liegen. Die Grundmetallindustrie verzeichnet im April einen interanuellen Rückgang von 36,2%, Maschinen und Anlagen einen von 30,1%.

Der Grossistensupermarkt Makro gab die Absicht bekannt, dieses Jahr sechs neue Lokale im Land zu öffnen, um bis 2015 auf insgesamt 43 Lokale zu gelangen. Der Umsatz von Makro stieg 2008 um 46% auf \$ 1,5 Mrd. Diese Firma verkauft zu niedrigen Preisen, und erlaubt auf diese Weise Kolonialwarenläden u.a. Einzelhandelsgeschäften, mit Supermärkten zu konkurrieren.

Eduardo Elstain, der das Kontrollpaket von IRSA hat, die mehrere Shopping-Centers betreibt, erklärte anlässlich der Einweihung des neuen Verkaufszentrums Dot Baires Shopping, dass der Konsum der Bevölkerung mit höherem Einkommen stärker zurückgegangen sei, als bei der mit niedrigerem. Die Shopping-Centers Abasto und Alto Avellaneda hätten weniger unter der Rezession gelitten, als die anderen in wohlhabenden Gegenden, die auch Luxusgüter anbieten.

Binnenhandelssekretär Guillermo Moreno soll jetzt beschlossen haben, dass die geschlossene Papierfabrik Massuh, in Quilmes, vom Staat für drei Jahre gemietet werden soll. Das Unternehmen soll von einem Treuhandfonds der Banco Nación verwaltet werden, der mit Mitteln der ANSeS zählen soll. Die Regierung soll dabei für die Zahlung der Löhne und Gehälter an die über 600 Personen der Belegschaft aufkommen. Massuh hat ein Vergleichsverfahren vor Gericht eingeleitet, so dass der Richter jetzt beschliessen muss, ob er diesen Vorschlag von Moreno annimmt. Die Gläubiger (an erster Stelle die Staatsbanken Banco Nación und BAPRO) müssten dabei drei Jahre warten, bis sie ihre Forderungen geltend machen können. Das Unternehmen soll somit zunächst mit öffentlichen Geldern gerettet werden, womit die Staatsausgaben, die auch das ANSeS umfassen, weiter erhöht werden. Ob das Unternehmen schliesslich gerettet werden kann, ist zweifelhaft; denn wenn Héctor Massuh u.a., die die Firma seit Jahrzehnten verwalten, nicht in der Lage waren, Gewinne zu erwirtschaften, dürfte dies bei einer staatlichen Verwaltung noch weniger der Fall sein.

Das Institut für Fiskale und Wirtschaftliche Studien IEFIE hat berechnet, dass die Subventionen, die der Nationalstaat verteilt, im 1. Quartal 2009 mit 4,3% des BIP um einen Punkt höher als in der glei-

chen Vorjahresperiode lagen. Trotz Tarifierhöhungen werden gemäss dieser Quelle die Subventionen von \$ 30,63 Mrd. 2008 auf \$ 32,70 Mrd. 2009 steigen. Allein beim Transport steigt der Subventionsbetrag von \$ 6,7 Mrd. 2009 auf \$ 10,1 Mrd. 2009. Die öffentlichen Unternehmen erhalten dieses Jahr 62% mehr, wobei AySA (Wasserversorgung im Raum von Buenos Aires und Umgebung) ganze 75% mehr erhält.

Staatsanwalt Osvaldo Guglielmino hat der AFIP angeordnet, in folgenden Fällen keine Strafanzeigen bei der Justiz einzureichen: 1. Wenn nur die eidesstaatlichen Erklärungen nicht eingereicht worden sind; 2. Wenn nur eine unterschiedliche Interpretation zwischen der AFIP und dem Steuerzahler besteht; 3. Wenn der Steuerzahler den von der AFIP bestimmten Betrag annimmt, aber sich der Möglichkeit anschliesst, in Raten zu zahlen. In all diesen Fällen besteht keine Betrugsabsicht, wie sie das Gesetz erfordert, um eine Strafanzeige zu rechtfertigen.

Der angesehene Wirtschaftler Miguel Angel Broda hat in einem Interview, das die Zeitung "Ambito Financiero" veröffentlicht hat, den Rückgang des Bruttoinlandsproduktes im 4. Quartal 2008 (gegenüber dem 3.) mit 6,8% angegeben, und im 1. Quartal 2009 (gegenüber dem 4. Q. 2008) mit 6,5%, bei Saisonbereinigung der Zahlen. Somit ist das BIP im 4. Q. 08 plus dem 1. Q. 09 auf Jahresbasis um 12,4% gefallen. In den USA betrug der Rückgang 6,2%, in Brasilien 8,3%, und beim weltweiten Durchschnitt 6,7%. Argentiniens prozentuale Abnahme liegt somit fast doppelt so hoch wie der Weltdurchschnitt. Für ganz 2009 rechnet Broda mit einem BIP-Rückgang gegenüber 2008 von 4% bis 6%.

Die Holding "Grupo Ambito", die die Zeitungen "Ambito Financiero" und "Buenos Aires Herald" herausgibt, hat jetzt auch die Zeitung "El Tribuno" von Tucumán übernommen. In den kommenden Wochen beabsichtigt die Gruppe, eine weitere Zeitung in Resistencia, Provinz Chaco, herauszugeben.

Die ZB hat letzte Woche Wechsel für \$ 300 Mio. ausgeschrieben, Offerten für \$ 731 Mio. erhalten und \$ 627 Mio. zugeteilt. Lebac auf 105 Tage wurden zu 14,50% verzinst, Nobac auf 210 Tage zu Badlar-Satz plus 0,95 Punkte, Nobac auf 280 Tage zu Badlar plus 1,20 Punkte, auf 763 Tage zu Badlar plus 1,50 Punkte und auf 1.092 Tage zu Badlar plus 1,80 Punkte. Es wird vom Badlar-Satz von Privatbanken plus 2,50 Punkte ausgegangen.

Die Regierung kündigte am Mittwoch eine Erhöhung der Gehälter von 242.000 Beamten des Nationalstaates von 15% an, bei einem Mindestgehalt von \$ 1.490. Von der Zulage werden 8% ab 1. Juni und 7% ab 1. August bezahlt. Bezogen auf das ganze Jahr 2009 bedeutet dies insgesamt eine Gehaltszunahme gegenüber 2008 von 7%.

Der Vorsitzende der ANSeS, Amado Boudou, wurde letzte Woche auch zum Direktor der Hypothekenbank ernannt. In dieser Eigenschaft erklärte er, es werde in der Bank einen strategischen Plan geben, um Wohnungskredite für den Mittelstand zu erteilen. Das ANSeS soll angeblich Mittel dafür bereitstellen. Das Kapital der Bank befindet sich zu 35% in privaten Händen (IRSA, von Eduardo Elstain, der Präsident des Direktoriums ist), wobei jedoch diesen Aktien durch das Privatisierungsgesetz das dreifache Stimmrecht eingeräumt wurde. Bei der Generalversammlung vom Mittwoch wurde auch bestimmt, dass ausser Boudou noch der ehemalige ZB-Präsident Mario Blejer (der auch bei der Bank of England an leitender Stellung tätig war und ein angesehener Wirtschaftler ist) zum Direktor in Vertretung der privaten Aktien ernannt wurde. Für die staatlichen Aktien wurden Diego Bossio (für die Regierung), Federico Bensadon (Vertreter der Bauunternehmen) und Edgardo Fornero (für die Gewerkschaft) ernannt.

Der Verband für Budget und öffentliche Finanzverwaltung ASAP ("Asociación Argentina de Presupuesto y Administración Financiera), bei dem viele ehemalige Fachbeamte des Schatzamtes mitwirken, hat berechnet, dass die Staatschuld 2008 in Pesos um \$ 50 Mrd. auf \$ 449 Mrd. gestiegen ist, was 43% des BIP in Pesos ausmacht. \$ 29 Mrd. der Zunahme sind auf die Abwertung von 10% zurückzuführen, und \$ 14 Mrd. auf die Wirkung des CER-Koeffizienten. Bei korrekter Berechnung dieses Koeffizienten wäre der CER-Betrag auf über \$ 30 Mrd. gestiegen, und bei einer Abwertung, die mit der internen Inflation Schritt gehalten hätte, wäre auch die Abwertungswirkung auf über \$ 50 Mrd. gestiegen.

Die Stiftung Fundelec (Fundación para el Desarrollo Eléctrico) hat

ermittelt, dass der landesweite Stromkonsum im April mit 8.104,7 GWSt. unter dem gleichen Vorjahresmonat lag, und gegenüber März sogar um 9,5% gesunken ist. In 4 Monaten 2009 lag der Stromkonsum um 1,1% unter der gleichen Vorjahresperiode. Im April betrug der interanuelle Rückgang in der Bundeshauptstadt und Umgebung 4,8%, im Inneren der Provinz Buenos Aires 7,1%, in Entre Rios und Corrientes um 3,4%, in Patagonien jedoch nur um 2,6%, in der Comahue-Gegend um 1,3% und in Cuyo (Mendoza und San Juan) um 0,7%.

Binnenhandelssekretär Guillermo Moreno hat die Rolle eines allmächtigen Generaldirektors bei der Papierfabrik Massuh übernommen, die jetzt von einem Treuhandfonds verwaltet werden soll, der die Fabriken in Quilmes und San Luis mietet. Dabei hat er die Firma in "Papelera Quilmes" umbenannt. Die Fabrik in San Luis, die von der Belegschaft besetzt ist, hat sich auch dem Treuhandfonds angeschlossen, da sie finanzielle Mittel benötigt, um betriebsfähig zu sein. Die Hauptfabrik in Quilmes, mit über 600 Arbeitern und Angestellten soll unmittelbar in Betrieb genommen werden, zu welchem Zweck sie sofort frisches Geld braucht. Das Schema von Moreno muss noch vom Konkursgericht genehmigt werden, da bei Massuh ein Vergleichsverfahren besteht. Die Schuld des Unternehmens, von \$ 249 Mio. bleibt inzwischen in der Schwebe. Da die Banken Nación und Bapro die Hauptgläubiger sind, wird vermutet, dass diese Schuld schliesslich in Kapital umgewandelt wird, so dass hier ein neuer Staatsbetrieb entsteht, der beiläufig die Staatskasse belastet.

Die Regierung hat beschlossen, Investitionen und Instandhaltungsausgaben von Transener, die die Stromfernleitungen im ganzen Land betreibt, mit \$ 59,6 Mio. zu finanzieren, wobei CAMESA, das Unternehmen welches den Grossistenmarkt für Strom betreibt, die Mittel besteuern soll. Die Rückzahlung soll in 18 Monatsraten ab einem Jahr Karenzfrist erfolgen. Wegen ungenügender Tarife für den Stromtransport verfügt Transener nicht über die Mittel für Investitionen, und hat auch nicht die Möglichkeit, sie sonstwo aufzutreiben. Transener gehört Pampa Holding, von Marcelo Mindlin, Electroingeniería und der staatlichen Enarsa.

Das uruguayische Holding Leadgate (geleitet vom Argentinier Matías Campiani), das 75% der Fluggesellschaft Pluna besitzt, hat 60% von Aerovip von Carlos Avila gekauft. Aerovip betreibt gegenwärtig keine Flugzeuge, hat jedoch die Genehmigung für Flüge zwischen Buenos Aires und Montevideo, Punta del Este, Córdoba, Mar del Plata und Mendoza. Aerovip hat schon ein Flugzeug Bombardier CRJ 900 mit 90 Sitzen eingetragten, und will unmittelbar die Flüge aufnehmen.

Durch Beschluss 554 der Nationalen Wertschriftenkommission (CNV, Comisión Nacional de Valores) wurde lokalen Börsengesellschaften und Firmen, die Investmentfonds oder Treuhandfonds verwalten, verboten, Geschäfte durchzuführen, bei denen die Gegenpartei ihren Wohnsitz in einem sogenannten Steuerparadies hat, dessen Liste im Dekret 1344/98 aufgeführt ist. Geschäfte dieser Art werden nur zugelassen, wenn es sich um Länder handelt, bei denen das Amt, das der argentinischen Wertschriftenkommission entspricht, eine Verständigungsmemorandum mit dieser Kommission unterzeichnet hat. Dies ist u.a. bei Uruguay nicht der Fall. Somit werden jetzt Geschäfte als illegal erklärt, die darin bestehen, dass Wertpapiere in Argentinien gekauft und gleichzeitig in Uruguay verkauft werden, oder umgekehrt, hinter denen sich Devisengeschäfte verbergen, die die Bestimmungen über Devisenbewirtschaftung umgehen. Diese Geschäfte könnten jedoch weiter mit anderen Ländern (USA, EU u.a.) vollzogen werden. Die uruguayischen Behörden können dies als eine offene Diskriminierung ansehen.

Die Schulungsfregatte der Kriegsmarine "Libertad", die sich auf ihrer alljährlichen Reise um die Welt befindet, musste davon absehen, eine Zwischenstation im französischen Hafen Brest zu machen, weil die Gefahr bestand, dass sie auf Antrag von Holdouts beschlagnahmt werden konnte.

Die Firma "Cerro Bayo", die einen Skikomplex in Villa La Angostura, Provinz Neuquén, betreibt, hat schon u\$ 3 Mio. in Anlagen zur Zubereitung von Skipisten und Skilifts für 2009 investiert, und beabsichtigt noch weitere u\$ 7 Mio. zu investieren, um das Skigebiet auszubauen, so dass die Zahl der Skipisten im Jahr 2010 um 9 auf 31 steigt. Cerro Bayo gehört der lokalen Firma Proideas, die ursprünglich Partner der kanadischen Star Resort Development war, und dann für u\$ 2 Mio. auch dieses Aktienpaket übernommen hat. Letztes Jahr hat die Firma 420 Ha für u\$ 10 Mio. gekauft, womit sie insgesamt ein Gebiet von 544 Ha

besitzt. Sie beabsichtigt 30 Wohnhäuser und zwei Hotels (eines von 5 und eines von 3 Sternen) zu errichten.

Die Consulting Firma Orlando Ferreres & Partner hat berechnet, dass die wirtschaftliche Tätigkeit, die im IGA-Index ("Índice general de actividad") zum Ausdruck kommt (der etwa dem BIP entspricht) im April um 5,8% unter dem gleichen Vorjahresmonat lag. Die Güterproduktion lag um 9,3% niedriger und die Dienstleistungen um 3,7%.

Wie verlautet, verhandeln drei Kfz-Unternehmen (General Motors, Mercedes Benz und Peugeot-Citroen) mit dem ANSeS über Unterbringung von Obligationen für insgesamt \$ 250 Mio. Binnenhandelssekretär G. Moreno befürwortet dieses Geschäft.

Der Industrieverband "Unión Industrial Argentina" hat bekanntgegeben, dass eine Erhebung bei 430 Unternehmen mit 11 bis 199 Arbeitnehmern ergeben hat, dass die Tätigkeit im 1. Quartal 2009 um 16,2% und die Beschäftigung um 10,2% unter der gleichen Vorjahresperiode lagen.

Der Oberste Gerichtshof hat die Rechtmässigkeit des Dekretes 1387 vom November 2001 bestätigt, das bestimmt, dass Schuldner von Finanzanstalten, die keine Steuerschulden aufwiesen, den geschuldeten Betrag mit Wertpapieren des Nationalstaates zahlen durften. Da die Staatsbonds unter pari gehandelt wurden, jedoch zum Nennwert berechnet wurden, machten die Schuldner ein gutes und die Banken ein schlechtes Geschäft. Rein juristisch erscheint das Urteil merkwürdig, da ein Schuldner von einer Bank Geld erhalten und sich verpflichtet hat, auch Bargeld zurück zu zahlen.

Die Vizepräsidentin der Weltbank, Pamela Cox, gab bekannt, dass das Direktorium der Bank am 9. Juni einen Kredit an Argentinien von u\$ 1,6 Mrd. genehmigen werde, der zur Sanierung des Riachuelo-Bekens eingesetzt wird. Das Problem des Riachuelo, der die Stadt Buenos Aires von der Provinz trennt, besteht darin, dass die zahlreichen Industriebetriebe der Gegend ihre Abwässer ohne Reinigung in den Fluss giessen, und ausserdem, dass der Kot der Rinder des Marktes von Liniers auch dorthin geht und dem Fluss die schwarze Färbung und den Gestank verleiht. Ein Teil der Lösung besteht somit in der Abschaffung dieses Rindermarktes; der andere Teil ist komplizierter, wobei ein Projekt besteht, eine grosse Röhre parallel zum Fluss zu legen, die die Abwässer aufnimmt und am La Plata-Fluss in eine Kläranlage mündet, von der aus das Wasser in den Fluss abgelassen wird.

Die Präsidentin Cristina Kirchner bestätigte die Gehaltserhöhung von 15% für Universitätsprofessoren. Ab 1. April erhalten sie eine Zulage von 9% und ab 1. Juli noch einmal 6%. CK wies darauf hin, dass das Gehalt eines Hilfsdozenten seit 2003, einschliesslich der Gehaltserhöhungen dieses Jahres, um 421% auf \$ 1.795 erhöht worden sei, wobei ein Ordinarius, der 2003 ein Gehalt von \$ 2.200 bezog, jetzt auf fast \$ 10.000 gelange. CK wies darauf hin, dass sie als Präsidentin zwischen \$ 13.000 und \$ 14.000 monatlich beziehe. Allerdings deckt die Staatskasse ausserdem all ihre Haushaltsausgaben in der Residenz in Olivos, und auch andere. Über die a-normale Lage bei den Professoren der nationalen Universitäten, von denen fast die Hälfte kein Gehalt bezieht, sagte sie nichts.

Das Statistische Amt berichtet, dass der "Syntetische Energieindex" (ISE) im März um 4,4% unter dem gleichen Vorjahresmonat, jedoch um 0,2% über Februar lag. Das 1. Quartal verzeichnet somit einen Rückgang von 6,2% gegenüber der gleichen Vorjahresperiode. Im März 2009 lag die Stromerzeugung im interanuellen Vergleich um 2,1% über März 2008, während die Gaslieferungen um 7% niedriger waren. Am höchsten war der interanuelle Rückgang bei Benzin: minus 27% bei Superbenzin und 19,2% bei gewöhnlichem.

Die 6. Studie der Consulting-Firmen IDC und BSA hat ergeben, dass 73% der in Argentinien verwendeten Informatikprogramme ("software") illegal ist und keine Gebühren zahlt. Die Inhaber der Programme erleiden dadurch einen jährlichen Ausfall an Einnahmen von u\$ 339 Mio.

Letzte Woche wurde das neue Kontrollsystem des Hafens von Buenos Aires in Kraft gesetzt, das die Hafentreiber und die Lastwagengewerkschaft von Hugo Moyano gemeinsam über das Unternehmen Ivetra betreiben. Das sogenannte "multimodale Transportzentrum" befindet sich auf einem Grundstück am Hafen, das dem Fluss gewonnen wurde und

dem Nationalstaat gehört, der es in Konzession vergeben hat, bei Zahlung einer Gebühr von \$ 53 Mio. jährlich und Erfüllung eines Investitionsplanes binnen 10 Jahren von \$ 68 Mio. Ivetra kassiert \$ 17 für jedes Kontrollzertifikat. Trotz Protesten haben 95% der Lastwagen, die in das Hafengebiet fahren, die Gebühr bezahlt.

Die Consulting-Firma Econométrica, geleitet vom Wirtschaftler Mario Brodersohn, hat die Kapitalflucht im April auf u\$ 2 Mrd. berechnet. Nachdem die ZB für das 1. Quartal u\$ 5,68 Mio. angegeben hat, gelangt man für 4 Monate 2009 auf u\$ 7,7 Mrd., verglichen mit u\$ 4,45 Mrd. in der gleichen Vorjahresperiode.

Durch Dekret 376/09 der Stadt Buenos Aires (Amtsblatt der Stadt vom 29.4.09) wurde bestimmt, dass die Bewertung der Immobilien, die durch bestimmte öffentliche Investitionen begünstigt werden, zwischen 2,5% und 15% erhöht wird, womit die städtische Gebühr entsprechend zunimmt. Dies bezieht sich auf neue Parkplätze, zusätzliche öffentliche Flächen, neue Fussgängerstrassen u.dgl.

Das ANSeS hat sich bereit erklärt, 70% der Kosten des Wasserkraftwerkes Chihuidos I, in Neuquén, zu tragen, was etwa u\$ 1 Mrd. ausmacht. Das Kraftwerk wird eine Kapazität von 478 MW haben, Überschwemmungen vermeiden und die Wasserversorgung der Gegend sichern.

Das ONCCA-Amt des Landwirtschaftssekretariates hat bekanntgegeben, dass in den Monaten März und April 7.222 Milchbetriebe die Subvention von \$ 0,10 pro Liter erhielten, was 73,1% der 9.900 Betriebe darstellt, die die Subvention gefordert haben. Bei einigen fehlen noch Amtsschritte. Bezogen auf die Gesamtzahl der Milchbetriebe sind es 63,8%, da die Betriebe mit Lieferungen von über 3.000 Liter pro Tag ausgeschlossen sind. Die Subvention ist nur gedacht, als Ausgleich für kleinere Milchbetriebe, die höhere Kosten aufweisen. Landwirtschaftssekretär Cheppi hatte vor einigen Wochen darauf hingewiesen, dass die Zahl der Milchbetriebe gesunken, die gesamte Milchproduktion jedoch gestiegen sei, was zeige, dass nur die relativ kleineren Betriebe die Subvention benötigten, die rein sozialen Charakter hat.

Der Verkauf von flachen Fernsehapparaten, genannt LCD, ist im 1. Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 24% gestiegen, u.a. wegen einem um 28% geringeren Preis. 2008 wurden 350.000 LCD-Fernsehgeräte verkauft, auf insgesamt 2,33 Mio.

Der gefälschte offizielle Preisindex

Das Statistische Institut (INDEC) hat die Zunahme des Índices der Konsumentenpreise für April mit 0,3% angegeben, womit die Zunahme in 4 Monaten 2009 1,9% beträgt, und in 12 Monaten zum April 5,7%.

Die privaten Berechnungen ergeben alle viel mehr. Orlando Ferreres & Partner gelangt für April auf 1,3%, für 4 Monate 2009 auf 4,9% und für 12 Monate zum April auf 16,1%. Ecolatina gelangte für April auf 1,8% und für 4 Monate 2009 auf 5%, weist jedoch darauf hin, dass die 12monatsrate im Juli 2008 einen Höchststand von 28,4% erreicht hat, und von da an um etwa einen Punkt pro Monat abgenommen hat. Für Buenos Aires City, die von Graciela Bevacqua geleitet wird (die bis zur Intervention des INDEC durch G. Moreno für die Preisstatistik verantwortlich war) betrug die April-Zunahme 1,2%, und in 12 Monaten 15%. "Economía & Regiones", geleitet vom ehemaligen Vizewirtschaftsminister Rogelio Frigerio, gelangt für 12 Monate auf 14,4%. Die Regierungssprecher behaupten, dass die privaten Berechnungen keine solide Grundlage haben. In der Tat, werden sie mit mit einer viel geringeren Zahl von einzelnen Preiserhebungen berechnet. Das ergibt jedoch nur geringe Abweichungen gegenüber einer ausgedehnteren Preisaufnah-

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 5278-4400

me. Auch muss berücksichtigt werden, dass das INDEC eine andere Methodologie verwendet, bei der bestimmte Produkte, die teurer geworden sind, eine geringere Wägung im Warenkorb haben, weil angenommen wird, dass sie weniger konsumiert werden. Das würde jedoch nur eine Differenz von bis zu 2 Punkten in 12 Monaten erklären. Eine von 8,7 bis 10,4 Punkten bei der Inflationszahl für 12 Monate zum April, wie sie zwischen INDEC und privaten Berechnungen besteht, kann nur auf einer notorischen Fälschung der Daten beruhen, die darin besteht, dass Waren, deren Preise stärker gestiegen sind, nicht berücksichtigt werden, und auch, dass gelegentlich Preise genommen werden, zu denen sich die Supermärkte für eine bestimmte Menge einer bestimm-

ten Art einer Ware verpflichtet haben.

Die Veränderungen waren im April gegenüber März im Einzelnen wie folgt:

Nahrungsmittel und Getränke	+0,2%
Bekleidung	+0,6%
Haushaltsausrüstung und -erhaltung	+0,4%
Gesundheitsbetreuung	+1,1%
Transport und Telefon	+0,4%
Freizeitgestaltung	+0,7%
Erziehung	+0,3%
Andere Güter und Dienstleistungen	+0,1%

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Die unverstandenen Privatisierungen

Schattenpräsident Néstor Kirchner und seine Frau Cristina, die formelle Präsidentin, bezeichnen die Privatisierungen der 90er Jahre direkt oder unterschwellig als eine Verschwendung des öffentlichen Vermögens, die dem Volk geschadet hat. Leider denken viele so, nicht nur Kommunisten und deren Mitläufer, sondern auch Personen aus dem bürgerlichen Lager, von denen man ein besseres Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge erwarten würde. Es fällt auf, dass praktisch niemand ausser uns die Privatisierungen erklärt und in ihrer Bedeutung würdigt.

Es ist geradezu verhängnisvoll für die Geschichte des Landes, dass dieses Thema nicht verstanden und schlimm politisiert wird. Denn das beinhaltet einmal die Gefahr, dass die privatisierten Staatsunternehmen nach und nach rückverstaatlicht werden, und auch, dass ihnen im Fall von öffentlichen Diensten Bedingungen aufgebürdet werden, mit denen sie nicht wirtschaften können, so dass sie verkommen und dies dann als Grund für die Rückverstaatlichung angesehen wird. Ausserdem wirkt diese Haltung der Regierung und auch eines grossen Teils der Opposition und der Gesellschaft überhaupt, für die Unternehmen wie ein Damokles-Schwert, das Investitionen hemmt. Und schliesslich werden dabei neue Staatsunternehmen, die effektiv eine Vergeudung öffentlicher Gelder darstellen und keinen vernünftigen Sinn haben, als normal angesehen und nicht beanstandet.

Der ineffiziente Staat

Der Staat ist prinzipiell ein sehr schlechter Verwalter. Er braucht für alles, was er tut, das vielfache Personal der Privatwirtschaft, und seine Leistungen lassen qualitativ zu wünschen übrig. Es fehlt ihm vollständig jegliche Modernisierungsdynamik. Das Paradebeispiel ist die Informatik, bei dessen Einführung der Staat 10 bis 20 Jahre im Rückstand ist. Ein integrales Informatikprogramm in der Justiz, das heute relativ einfach ist, würde den ganzen Justizapparat effizienter gestalten, und die Justizkosten spürbar senken. Ebenfalls ist es unvermeidbar, dass sich beim Staat alles politisiert. Der Druck, Ämter und Staatsunternehmen mit unnötigen Beamten vollzustopfen, ist so gross, dass es schwer ist, ihm zu widerstehen.

Bei Tätigkeiten, die eine besondere Dynamik erfordern, wie Unternehmen oder Berei-

che, die als solche aufgefasst werden können, kommt die Unwirtschaftlichkeit des Staates noch stärker zum Vorschein. Das Erdölunternehmen YPF hatte 1990, unter staatlicher Regie eine Belegschaft von 52.000 Personen, die der Privatisierer José Estenssoro 1991/93 auf 6.000 zusammenschumpfte, bei gleichzeitiger Produktionserhöhung. Dann wurden es durch Übernahme neuer Tätigkeiten wieder etwas über 10.000. Bei anderen Staatsunternehmen, die privatisiert wurden, betrug die Belegschaft mindestens drei Mal so viel wie notwendig. Deshalb verloren bei den Privatisierungen über 200.000 Personen ihre Arbeit, wobei sie grosszügig entschädigt wurden. Allein YPF hat dies u\$S 1,2 Mrd. gekostet.

Die Entlastung der Staatskasse

Die Privatisierungen haben zunächst die Staatskasse spürbar entlastet. Der Kaufpreis, der für die Unternehmen gezahlt wurde, war nicht entfernt so wichtig wie die Tatsache, dass die staatlichen Zuschüsse verschwanden oder viel geringer wurden, wie bei den Vororteseisenbahnen und der U-Bahn, wo der Staat jetzt die Tarife subventioniert und für Infrastrukturinvestitionen aufkommt, aber nicht mehr die grosse Unwirtschaftlichkeit der Unternehmen bezahlen muss. YPF erhielt als Staatsunternehmen Zuschüsse zur Deckung des Betriebsdefizites und für Finanzierung von Investitionen. Als Privatunternehmen ist YPF zum grössten Steuerzahler des Landes aufgestiegen, was sich sowohl auf die gesamten Steuern, wie besonders auf die Gewinnsteuer bezieht. Die doppelte Wirkung der Privatisierungen auf die Staatsfinanzen, mit Verringerung der Ausgaben und zusätzlichen Steuereinnahmen, hat Menem erlaubt, die Sozialausgaben im weiteren Sinn um etwa 80% zu erhöhen. Staatsunternehmen stehen in krassem Gegensatz zu den effektiven Möglichkeiten der Sozialpolitik.

Früher bestand die Meinung, dass Staatsunternehmen mit ihrem Gewinn zu den Staatseinnahmen beitragen, und so mehr Sozialausgaben erlaubten. Diese primitive Auffassung hat sich als völlig falsch erwiesen, ganz besonders in Argentinien. Der Gewinn ist eben nicht eine gegebene Tatsache, sondern er besteht nur bei effizienter Unternehmensführung, und auch dann nicht immer, besonders nicht bei schwacher Konjunktur. Der Staat ist

auf alle Fälle am Gewinn der Unternehmen mit 35% beteiligt, aber nicht am Verlust. Er schneidet somit besser ab, als wenn er Besitzer ist, aber dabei Geld verliert oder wenig verdient, und auch Geld für Investitionen zuzuschüssen muss. Wenn ein privatisiertes Staatsunternehmen expandiert, dann verdient der Staat auch an der zusätzlichen MwSt., und indirekt an den Steuerzahlungen, die das wirtschaftliche Wachstum herbeiführt.

Die Wirkung der Privatisierungen auf die Wirtschaft

Allein, darüber hinaus haben viele Staatsunternehmen eine direkte Wirkung auf die Wirtschaft, die über ihre eigentliche Tätigkeit hinausgeht. Insgesamt hatte die Wertschöpfung der staatlichen Unternehmen und staatlicher Tätigkeiten unternehmerischer Art, die privatisiert wurden, einen Anteil von etwa 12% am BIP. Doch darüber hinaus haben bestimmte Unternehmen eine starke Breitenwirkung, so dass sie für die Wirtschaft wichtiger sind, als ihrem Anteil am BIP entspricht. In diesem Sinn waren die wichtigsten Privatisierungen die der Stromwirtschaft, der Telefonie und der Häfen. Ohne dies hätten wir einen chronischen akuten Strommangel, der das Wachstum der Wirtschaft stark gehemmt hätte, der Telefondienst würde wie bis in die 90er Jahre ein Störungselement von Wirtschaft und Gesellschaft sein, und der Export würde durch mangelhafte Hafenbetriebe verteuert und gestört.

Was das Telefonwesen betrifft, so muss man sich vorstellen, was es bedeutet, von 2,7 Mio. festen Anschlüssen, die 1990 bestanden, die schlecht funktionierten (mit etwa 3% defekter Telefone) auf 8 Mio. feste Anschlüsse (mit einem Koeffizienten defekter Telefone von unter 0,5%) und 46 Mio. Mobiltelefone übergegangen zu sein. Die guten Telefonverbindungen haben das Leben der Bevölkerung und den Ablauf der wirtschaftlichen Tätigkeit grundsätzlich verändert. Ohne Privatisierung des Staatsunternehmens ENTel wären auch die privaten Mobiltelefonunternehmen kaum entstanden. In Uruguay, wo das Staatsunternehmen nicht privatisiert wurde (und einen schlechten Dienst leistet) ist dieser Dienst staatlich, und somit mangelhaft.

In anderen Fällen waren die Privatisierungen ebenfalls von Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, aber nicht so wichtig, wie in den genannten Fällen, die kritisch sind. Die

Privatisierung der Wasserversorgung- und -entwässerung im Raum von Buenos Aires und Umgebung hat zunächst zu einer spürbaren Besserung der Qualität des Wassers geführt, dann zur Ausmerzung der hohen Wasserverluste bei den Röhren, auch zu einer allgemeinen Instandsetzung des Systems und schliesslich zu einer bedeutenden Ausweitung, bei der arme Vororte von Buenos Aires fliessendes Wasser erhielten. Der Rückstand war hier so gross, dass es noch viele Jahre gebraucht hätte, um den Dienst für alle Haushalte in diesem Gebiet zugänglich zu machen. Das wurde durch die Abwürgung des Unternehmens unter Duhalde und Kirchner, und dann durch die Rückverstaatlichung unter diesem unterbrochen. Diese hat eine katastrophale Signalwirkung auf alle privatisierten Unternehmen gehabt, die sich zu recht bedroht fühlen und daher Schwierigkeiten haben, um Investitionen zu vollziehen.

Die Privatisierung auf dem Gebiet des Erdöls, der Gaswirtschaft, der Überlandstrassen, der Eisenbahnen und U-Bahnen, der Häfen u.a. haben zu grossen Effizienzgewinnen geführt und hohe Investitionen zur Folge gehabt. Bei der Landwirtschaft hat sich dadurch die Differenz des Preises ab Betrieb und am Bestimmungs-ort der Produkte im Ausland spürbar verringert (abgesehen von Exportsteuern), was den Landwirten zum Vorteil gereicht hat. Bei den Vororteseisenbahnen und der U-Bahn von Buenos Aires hat sich die Zahl der Passagiere in kurzer Zeit mehr als verdoppelt, weil der Dienst viel besser wurde, was beiläufig den Strassenverkehr entlastet hat. Aus dem zurückgebliebenen Verlustbetrieb von Somisa, mit einem veralteten Stahlwerk in San Nicolás, hat Techint mit Siderar ein hochmodernes Werk gemacht, das effizient betrieben wird. Somisa hatte unmittelbar vor der Privatisierung einen Tagesverlust von etwa einer Million Dollar; Siderar zahlt jetzt hohe Beträge an der Gewinnssteuer.

Das Ausmass der Privatisierungen

Schon unter Präsident Aramburu (1955/58) und besonders unter Frondizi (1958/62) wurde privatisiert, ebenfalls unter Videla (1976/81). Doch der grosse Vorstoss kam erst unter Menem, der wenige Tage nach seinem Amtsantritt die Privatisierung von Fernsehsendern und Rundfunkstationen einleitete, kurz danach die des Telefonunternehmens ENTel und des Luftfahrtunternehmens Aerolíneas Argentinas, und dann sukzessive alle anderen. Es wurden insgesamt über 30 Unternehmen und Objekte privatisiert, die zwar formell keine Unternehmen waren, aber es bei der Privatisierung wurden, wie die Häfen, die Flughäfen, die Überlandstrassen und die Zufahrtstrassen von Buenos Aires. Dabei entstanden dann über 60 neue Unternehmen, da viele aufgeteilt wurden. Aus "Gas del Estado" entstanden sieben neue Unternehmen. Im Fall von YPF wurden neue Unternehmen durch Verpflichtung von Tätigkeiten mit Dritten ("outsourcing") gebildet. Das Stromunternehmen Segba wurde in drei Kraftwerksunternehmen und drei Stromverteilungsunternehmen aufgeteilt. Die Stromfernleitungen wurden gesondert privatisiert.

Wenn man zu den Privatisierungen noch die Unternehmen zählt, die dank der Politik der 90er Jahre entstanden sind, wie die Gesellschaften für Arbeitsriskoversicherung (ART) und für Lebensversicherung, und auch die privaten Rentenkassen (AFJP), die letztes Jahr aufgelöst wurden, dann ist die Zahl der neuen Unternehmen noch viel höher. Es entstand durch diese Politik eine neue Unternehmerschaft, wobei viele dieser neuen Firmen ihre Aktien an der Börse kotieren und dabei die Struktur der Börse von Buenos Aires stark verändert haben.

Ohne die Privatisierungen wäre die 1991 eingeführte Konvertibilität kläglich gescheitert, das BIP unter Menem bestimmt nicht entfernt um 55% gewachsen, und auch die zehnjährige Stabilisierung der internen Preise nicht möglich gewesen. Wir hätten jetzt chaotische Zustände, und die Kirchners könnten gewiss nicht auf das Wachstum während ihrer Regierung (bis Mitte 2008) hinweisen. Wahrscheinlich wäre Néstor Kirchner dabei gar nicht Präsident geworden, da er seine Wahlkampagne von 2002/03 u.a. mit den u\$ 630 Mio. finanzierte, die die von ihm damals wie ein Privatbesitz regierte Provinz Santa Cruz bei der Privatisierung von YPF (die er damals unterstützt hat!) wegen rückständiger Erdölgebühren erhielt, die dann durch Anlage von u\$ 290 Mio. in YPF Aktien (die er auf Anraten von Wirtschaftsminister D. Cavallo gekauft hat) zu über u\$ 1 Mrd. wurden. Denn er kaufte zu u\$ 19 pro Aktie und verkaufte dann zu u\$ 44 an Repsol.

Argentinien war in der 90er Jahren das Land, das ausserhalb der kommunistischen Staaten, die zur Marktwirtschaft übergegangen sind, bei Weitem am meisten privatisiert hat. Die Art und Weise, wie die Privatisierungen vollzogen wurden, wird auch als eine der besten der ganzen Welt anerkannt. In den meisten Fällen wurden Kontrollpakete an Unternehmen verkauft, die schon in anderen Ländern auf dem Gebiet tätig waren und somit Erfahrung, Technologie und Kapital beitrugen. Das hat zu einer sehr schnellen Erneuerung und Ausweitung der privatisierten Unternehmen geführt. Danach wurden Restpakete an der Börse verkauft. Diese Methode wurde bei der Stromwirtschaft, beim Telefonwesen, bei der Gaswirtschaft, der Wasserversorgung, dem staatlichen Stahlwerk u.a. Fällen angewendet. Bei YPF wurde eine andere Methode eingesetzt, die im Verkauf der Aktien an der Börse, hier und in New York, bestand.

In Russland wurden die Unternehmen einfach der Belegschaft übertragen, wobei die Manager die Aktienpakete schliesslich für ein Butterbrot aufkauften. In Tschechien wurden die Unternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt, und die Aktien unter das Volk verteilt. In beiden Fällen gab es dabei keine Erneuerung der Leitung, keine neue Technologie und auch keinen Kapitalbeitrag. Die Vorteile der Privatisierung kamen dort erst viel später als in Argentinien zum Vorschein.

Weitere Privatisierungsmöglichkeiten

Will Argentinien weiter wirtschaftlich fortschreiten, dann ist eine neue Privatisierungs-

welle unvermeidlich. Zuerst müssen die rückverstaatlichten Unternehmen wieder in private Hände übergehen, dann müssen die neu geschaffenen Staatsunternehmen privatisiert werden, und dann müssen Rahmenbedingungen für privatisierte öffentliche Dienste geschaffen werden, die den Unternehmer erlauben, normal zu wirtschaften und zu investieren. Letzteres erfordert allerdings, dass der Rechtsstaat wieder hergestellt wird, die zahlreichen Konflikte mit diesen Unternehmen gelöst werden, und sich Argentinien wieder in die Welt eingliedert.

Doch abgesehen von diesen Dingen bestehen noch viele Privatisierungsmöglichkeiten. Die Streitkräfte besitzen grosse Ländereien und Immobilien, die sie nicht für ihre eigene Tätigkeit verwenden, die verkauft werden sollten. Ebenfalls bestehen noch Fabriken des Amtes für Militärfabriken, die Waffen, Sprengstoffe u.a. Produkte herstellen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, bestimmte staatliche Tätigkeiten auf die Privawirtschaft zu verlagern, an erster Stelle Zuchthäuser, wie es in Grossbritannien und den USA schon mit grossem Erfolg geschehen ist. Besonders Zuchthäuser für drogensüchtige Jugendliche, wären ein ideales Objekt für Privatunternehmen, die auch Heilungsprogramme und andere für deren Eingliederung in die Gesellschaft beitragen würden. Privat betriebene Zuchthäuser würden pro Häftling weniger als die Hälfte der staatlichen Kosten, und sich auch darum kümmern, dass diese Menschen nachher eine Arbeitsmöglichkeit finden und nicht wieder Verbrechen verüben, wie es jetzt die Regel ist. In Argentinien besteht eine ausgedehnte Erfahrung auf dem Gebiet des privaten Erziehungswesens, die auch hier genutzt werden kann, da Strafanstalten einfach als Schulen besonderer Art betrachtet werden sollten.

Dann kommen Kontrollen beim Zollamt und bei bestimmten Bereichen der Steuereintreibung (wie Kontrolle von Schlachthöfen, Mühlen u.a. Konzentrationsstellen landwirtschaftlicher Produkte) und auch bei der Aufdeckung der Schwarzarbeit hinzu. Auch die Instandhaltung der Überlandstrassen sollte privatisiert werden, bei Zahlung eines festen Betrages pro Kilometer. Das wurde schon vor einem Jahrzehnt eingeführt, versagte jedoch, weil die Strassenbaudirektion das System sabotierte und nicht zahlte. Die Sicherung der Zahlung ist das Hauptproblem bei Verpflichtung von Privatunternehmen durch den Staat. Bestimmte öffentliche Investitionsobjekte können auch in Konzession an Privatunternehmen übertragen werden. Das hat nicht nur den Vorteil, dass die Last der Finanzierung für den Staat ganz oder zum grossen Teil entfällt, sondern auch, dass die Objekte besser, schneller und billiger durchgeführt werden. Beim Staat sind die Bauzeiten in der Regel mindestens doppelt so lang, wie bei der Privatwirtschaft, was eine grosse reale Verteuerung zur Folge hat. Das Wasserkraftwerk Yacaréta kostet wegen der Verzögerung (und nur zum geringsten Teil wegen Korruption, auf die Menem seinerzeit hingewiesen hat) schliesslich gesamthaft mehr als doppelt so viel, wie es bei effizienter privater Durchführung der Fall gewesen wäre. Das stellt eine Vergeudung von

über u\$ 5 Mrd. dar.

Das Problem stellt sich bei der Zahlung. Wenn es sich um Objekte handelt, die mit einer Gebühr finanziert werden können, wie Strassen, oder solche, die etwas verkaufen, wie Kraftwerke, sollte grundsätzlich kein Problem bestehen. Aber wenn es sich um Objekte anderer Art handelt, wie Strassen mit geringem Verkehr, Brücken u.a., dann ist die Zahlung für die Investition und Betreibung (vornehmlich Instandhaltung) komplizierter, aber nicht unmöglich. Dann müssen eben Sonderfonds geschaffen werden, oder Garantien der Banco Nación gestellt werden, die die termingemässe Zahlung sichern

Das Defizit der Staatskasse und die Folgen

All dies ist genau das Gegenteil des "Modells" der Kirchners, die einen starken Staat befürworten, der auch allerlei Unternehmen besitzt, keine Tätigkeiten auf Private verlagert, und ständig und überall in das wirtschaftliche Geschehen eingreift. In Wirklichkeit ist dieser interventionistische Staat nicht stark, sondern einfach zu gross, beiläufig auch korrupter, und stellt ein Störungselement für die Wirtschaft dar, der er ausserdem eine erhöhte Steuerlast aufbürdet, die das Wachstum hemmt. Stark ist ein Staat, der sich auf seine eigentlichen Funktionen beschränkt (zu denen die Betreibung von Unternehmen gewiss nicht gehört), und dabei effizient ist.

Es kommen schwierige Zeiten für die Regierung und das Land. Die Ausgaben steigen viel stärker als die Einnahmen, und das Defizit bei den Staatsfinanzen, das schon im März offen aufgetaucht ist (und nicht mit kreativer Buchhaltung vertuscht werden konnte) wird unvermeidlich zunehmen und schwer zu finanzieren sein. Die ANSeS-Gelder, die von den privaten Rentenkassen übernommen wurden, werden bald nicht mehr vorhanden sein, umso mehr als die Regierung sie für allerlei Zwecke einsetzt, die im Wesen zusätzliche Staatsausgaben darstellen. Die Regierung musste schon in den letzten Tagen mehrere angekündigte ANSeS-Finanzierungen unterbrechen, weil die Mittel für die Staatskasse benötigt werden.

In früheren Zeiten, vor allem in der ersten Periode der Militärregierung (1976/81) konnte der Staat (der damals als zahlungsfähig und sicher galt!) Mittel auf dem internationalen Kapitalmarkt aufnehmen, der damals dank dem finanziellen Überschuss der Erdölstaaten sehr flüssig war, um hohe Investitionen von Staatsunternehmen zu finanzieren. Diese Möglichkeit wurde ab 1981 stark beschränkt und besteht ab dem Default von 2002 überhaupt nicht mehr, und das ist eine Tatsache, die den Staat als Unternehmer noch mehr hemmt. Förderungskredite der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Andenkörperschaft, die politisch bedingt sind, reichen bei weitem nicht aus; sie werden von uner-

lässlichen öffentlichen Investitionen voll aufgesogen. Dieser Betrügerstaat ist allgemein nicht kreditwürdig, und dass ändert sich auch mit einer vernünftigen Regierung nur langfristig. Nur Privatunternehmen können sich Mittel beschaffen, um Investitionen zu finanzieren; aber auch für diese ist dies nur möglich, wenn die Rechtssicherheit wieder hergestellt und privatisierte Unternehmen nicht direkt oder unterschwellig von einer Rückverstaatlichung bedroht werden, wie es jetzt der Fall ist.

Die Regierung, diese oder die kommende, wird schliesslich vor die Alternative gestellt werden, entweder zu privatisieren und rationalisieren, oder Sozialausgaben und notwendige Staatsinvestitionen zu verringern, und dabei in eine Dauerstagnation zu schlittern. Das gleiche Problem stellte sich, mutatis mutandis, als Menem 1989 antrat. Es ist sein historisches Verdienst, dies verstanden zu haben und die Privatisierungen mit Mut und Schwung in Angriff genommen zu haben. Gewiss: auch Domingo Cavallo u.a. haben hier einen bedeutenden Beitrag geleistet; aber ohne die feste Überzeugung und den politischen Rückhalt von Carlos Menem, hätten sie nicht viel tun können. Diese grosse staatsmännische Leistung Menems wird jedoch von der bürgerlichen Gesellschaft kaum anerkannt, weil sie nicht begriffen wird. Und das ist für das Land verhängnisvoll, weil dann bei einer notwendigen neuen Privatisierungswelle der ideologische und politische Rückhalt fehlt.